

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

15. Sitzung
26. November 2012

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 14.37 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Situation der Therapie-/Bewegungsbäder für Rheumakranke in Berlin

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0060](#)

GesSoz

Ich nehme an, es wird ein Wortprotokoll gewünscht. – Dann machen wir das so. Die Gäste habe ich begrüßt. Herr Rosinsky hat eine vorab übermittelte Stellungnahme abgegeben. Noch mal Dank dafür! – Wer von Ihnen möchte den Besprechungsbedarf begründen, SPD oder CDU, beide? – Herr Isenberg, bitte!

Thomas Isenberg (SPD): Vielen Dank! – Die Koalition hat im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir die integrierte Versorgung ernster nehmen werden als in der Vergangenheit. Das Landesgremium ist auch auf einem guten Weg. Insofern kommt es darauf an, sich auch mal die Indikationen anzuschauen – wir danken sehr für die Hinweise der Rheuma-Liga, die schon mehrere Monate, man kann sagen ein Jahr, alt sind – und sich der Situation mal im Detail anzunehmen. Es gibt auch Petitionen dazu. Insofern ist das der Auftakt einer indikationsspezifischen Debatte hier im Gesundheitsausschuss, und wahrscheinlich kann man Rheuma auch

noch häufiger und intensiver unter anderen Aspekten beleuchten. Vielleicht wird das auch ein Schwerpunkt des kommenden Kalenderjahres.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Dann kommen wir zu unseren Anzuhörenden. – Herr Rosinsky, wollen Sie beginnen? – Bitte!

Gerd Rosinsky (Geschäftsführer der Rheuma-Liga Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Einladung! – Ich möchte zu Beginn eine Betroffene zu Wort kommen lassen – einige sitzen ja als Gäste hier im Raum –, sie schreibt im Zusammenhang mit der Schließung des Bewegungsbades in Neukölln:

Seit 14 Jahren leide ich an Polyarthrit, an Fibromyalgie. Bis 2009 habe ich an der Trockengymnastik teilgenommen. Seit zwei Jahren mache ich auf Anraten meiner Orthopädin Wassergymnastik hier im Krankenhaus. Die Eigenschaften des Wassers tragen sehr zu meiner Gesundheit bei. Die Verringerung der Schwerkraft entlastet die Wirbelsäule, Gelenke und Bänder, das Verletzungsrisiko ist geringer als bei der Trockengymnastik, gleichzeitig sind Bewegungs- und Belastungsmöglichkeiten erweitert. Der Widerstand des Wassers passt sich der eingesetzten Muskelkraft an, dadurch werden Überbelastungen vermieden, und die Rückmuskulatur wird gestärkt. Im warmen Wasser fallen die Bewegungen leichter, Verspannungen und Verkrampfungen lösen sich besser. Ich spreche nicht für mich alleine, sondern für viele Betroffene, denen es genauso geht wie mir oder noch viel schlechter und die es nicht verstehen können, warum das Bad vor zwei Jahren für so viel Geld saniert wurde und jetzt geschlossen werden soll, wo es so wenig Möglichkeiten in Neukölln gibt. Dabei muss man bedenken, dass Menschen mit Bewegungseinschränkungen keine weiten Wege zumutbar sind, und da ist die Bewegung im Wasser wichtig.

Sie bittet im Namen aller Betroffenen, eine Möglichkeit zu finden, das Bad offen zu lassen.

Als das Klinikum Neukölln am 11. Mai 2011 mit einem Aushang die Schließung des Bewegungsbades ankündigte, haben sich Betroffene, nicht nur Rheumatiker, zu einer Initiative zusammengefunden. Ich habe in unserer Stellungnahme diesen Teil unter Punkt 2 dargelegt, die Gespräche mit dem Klinikum, dann mit dem Bezirk, dann auf der Landesebene, als das nicht half, Petitionen, Anfragen an den Rechnungshof, Unterschriften, Demonstrationen. Über einen Zeitraum von anderthalb Jahren haben Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Fragen gestellt und offenbar keine nachvollziehbaren Antworten erhalten. Aber diese betroffenen Menschen waren nicht nur der Meinung, dass das Klinikum und die Politik hier allein verantwortlich sind, sondern haben sich auch für eine Lösung eingesetzt. Sie haben diverse freie Träger und Physiotherapeuten angesprochen, sich um das Bad zu kümmern und Konzepte für das Betreiben zu entwickeln. Dann gab es Gespräche, Verhandlungen – einige der Verhandlungspartner sitzen auch hier im Zuschauerraum oder wollten kommen –, aber leider haben wir bis zum heutigen Tag kein Ergebnis.

Heute steht zur Debatte, wie wichtig das öffentliche Gut Gesundheit und insbesondere die Gesundheitsförderung für Betroffene durch Bewegung in einem Bewegungsbad sind. Bewegungsbäder mit einer Temperatur von über 30 Grad wurden in speziellen Kliniken für die akutstationäre Versorgung mit Steuergeldern errichtet und auch mit Beitragsgeldern betrieben. Seit Jahren wurden diese Bäder anderen Trägern für die Durchführung von ergänzenden

ambulanten und rehabilitativen Angeboten vorgehalten. Ein gutes Beispiel dafür ist das Auguste-Viktoria-Krankenhaus. Für den steigenden Bedarf an solchen Wasserflächen sind darüber hinaus drei Entwicklungen anzuführen, erstens: Verringerung der Verweildauer in Kliniken, verbunden mit einem Veränderungsprozess in der akutstationären Versorgung. Daraus folgt zweitens, dass die ambulanten Nachsorgeangebote ausreichend vorhanden sein sollten, insbesondere auf der Grundlage des Grundsatzes: Rehabilitation vor Rente und Rehabilitation vor Pflege. Drittens geht es um die demografische Entwicklung in Berlin mit der Anforderung und auch der politischen Absichtserklärung, Bewegung auch im hohen Lebensalter zu fördern.

Diese Initiative „Pro Bewegungsbad“ und auch die Verbände, in denen die Betroffenen Mitglieder sind, verstehen nicht, dass Kliniken aus rein wirtschaftlichen Gründen ein Bad schließen. Dabei haben privatrechtliche Krankenhausträger auch eine Verantwortung für den Erhalt öffentlicher Güter, da sie viele Leistungen auf der Grundlage von Steuer- und Beitragsgeldern anbieten. Aber es ist natürlich erst recht nicht nachvollziehbar, dass öffentliche Krankenhausträger nach und nach Bäder schließen können. Diese sind auf dem Vertrauen gegründet, dass an erster Stelle die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Gesellschaft steht und nicht das Gewinnmaximierungsprinzip.

Meine Damen und Herren! Ihnen und anderen, die sich in unserem Gesundheitssystem auskennen, mag eine solche Entwicklung erklärbar sein. Aber verstehen die Bürgerinnen und Bürger heute überhaupt noch die komplexe Organisation unserer Gesundheitsangebote? Wir können den Betroffenen, die sich wahrlich nicht ausgesucht haben, jeden Tag an ihrer Krankheits- und Alltagsbewältigung zu arbeiten, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind, damit sie nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ ein würdevolles Leben in Eigenverantwortung führen können, wir können diesen Menschen nicht noch zumuten, die Probleme in unserem Gesundheitssystem zu verstehen und zu ertragen. Diese Menschen erwarten von uns zu Recht Lösungen und rechtzeitiges Handeln, bevor noch mehr Bewegungsbäder schließen.

Ihre Entscheidung, heute diesen Tagesordnungspunkt zu behandeln, zeigt uns, dass auch Ihnen das Thema wichtig erscheint. Wir haben in unserer Stellungnahme mögliche Lösungsvorschläge vorgelegt und stehen selbstverständlich für Gespräche und Lösungen zur Verfügung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bewegungsförderung nicht nur in der Sportförderung verankert bleibt, sondern auch für diejenigen möglich ist, die aufgrund ihrer Erkrankung, Behinderung und sonstiger Einschränkungen von diesen Angeboten ausgeschlossen sind. Wir bitten Sie heute um Ihre Unterstützung und ggf. Beschlussfassung, damit Bewegungsbäder erhalten und ggf. wiedereröffnet werden können. – Vielen Dank! – [Beifall] –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Meine Damen! Meine Herren! Zuhören geht, Klatschen geht leider nicht! – Dann bitte ich Herrn Bezirksstadtrat Liecke um seine Stellungnahme.

Bezirksstadtrat Falko Liecke (BA Neukölln, für den Rat der Bürgermeister): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich war seinerzeit betroffen von der Schließung des Therapiebades im Vivantes-Klinikum Neukölln und habe selbst versucht, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen und in vielen Gesprächen mit der Krankenhausleitung und der regionalen Leitung, aber auch mit der Geschäftsleitung von Vivantes zu einer Lösung zu kommen. Es war aber im Ergebnis nicht möglich, dieses Bad aufrechtzuer-

halten. Es wurde lediglich der sogenannte Trockenbereich aufrechterhalten, der Nassbereich, also das Bad als solches, wurde vor etwa einem Jahr geschlossen. Seitdem liegt und steht das Bad, so wie es ist. Allerdings ist noch Wasser im Bad mit dem Ziel, dieses Bad wieder in Betrieb nehmen zu können. Wenn Sie einmal das Wasser rauslassen aus so einem Bad, dann können Sie es im Prinzip vergessen, oder müssen es sehr teuer wieder instandsetzen.

Mein Ziel ist es, auch als Bezirk zu versuchen, einen Betreiber zu finden. Bisher bin ich allerdings gescheitert, muss ich leider Gottes sagen. Ich habe viele Gespräche geführt mit verschiedenen potenziellen, auch größeren Trägern, natürlich auch mit der Rheuma-Liga und einigen anderen, die bisher aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage waren, einen Betrieb zu gewährleisten. Die Betriebskosten von jährlich etwa 50 000 Euro stehen dem entgegen.

Auch aufgrund der Bevölkerungsstruktur – wenn man sich vorstellt, etwa zwei Prozent aller Neuköllnerinnen und Neuköllner sind von Rheuma betroffen, das sind in absoluten Zahlen um die 6 300 Menschen – sehe ich schon einen erheblichen Bedarf. Die ursprüngliche Gruppe, die im Krankenhaus Neukölln untergebracht war – es waren ungefähr 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer –, ist teilweise im Ida-Wolff-Haus im Bezirk – dort ist eines der Bäder, die noch funktionieren – und teilweise in Lichterfelde untergekommen. Wir haben insgesamt von der Struktur her im Bezirk drei bis vier halbwegs annehmbare Bäder. Allerdings sind die Kapazitäten bescheiden. Da kann man solche Mengen und eine solch hohe Nachfrage nicht bewältigen. Alle anderen sind kleinere Einrichtungen, teilweise nur für sieben Personen und Ähnliches. Mit Details will ich Sie verschonen. Alles in allem besteht aus meiner Sicht mit einem Schwerpunkt in Neukölln auf der einen Seite, aber auch insgesamt ein großer Bedarf an solchen Einrichtungen, denn wir haben von der Altersstruktur her im Bezirk eine erhebliche Belastung, gerade in der Gropiusstadt. Das Krankenhaus Neukölln liegt in der Gropiusstadt. Im Süden von Neukölln ist über die Hälfte der Bewohner 65 Jahre und älter. Von daher ist der Bedarf dort aus meiner Sicht unbestritten.

Was kann man tun? – Aus meiner Sicht – da will ich uns als Bezirk nicht ausnehmen, allerdings kann der Bezirk das verständlicherweise nicht alleine stemmen – wird eine Betreibergesellschaft benötigt, wo auch Vivantes einen Beitrag leisten muss. Das ist ein landeseigener Konzern, das wissen Sie. Ich glaube auch, dass der landeseigene Konzern da einen Infrastrukturbeitrag leisten muss. Natürlich weiß ich um den Kostendruck, und er war ein Argument, das Bad zu schließen. Nichtsdestotrotz glaube ich auch, dass der Konzern hier eine besondere Verantwortung hat. Der Bezirk sieht auch eine besondere Verantwortung und will sich da nicht rausstehlen. Ich kann mir auch eine Beteiligung an einer Betreibergesellschaft oder einer GbR – oder wie auch immer man es organisiert – vorstellen, allerdings natürlich nicht mit Beträgen, die nennenswert sind. Aber ich glaube, da zählt sozusagen jeder Beitrag. Wichtig wäre, dass verschiedene Betreiber oder verschiedene Interessierte an einen Tisch kommen, um so eine Gesellschaft zu gründen. Das kann ich mir gut vorstellen. Ich sage es noch mal: Der Bezirk würde auch seinen Beitrag dazu leisten. Es wäre mein Petitum, dass wir auch mit Ihrer Unterstützung eine Versorgung, speziell was Neukölln angeht, sicherstellen können. Zu anderen Bezirken fehlt mir der Komplettüberblick. In der Kürze der Zeit konnte ich mir nicht die Situation in allen Bezirken darstellen lassen. Aber ich kann mir gut vorstellen, dass es da an der einen oder anderen Stelle auch Bedarfe gibt. Da weiß im Zweifel die Rheuma-Liga Weiteres, aber bezogen auf Neukölln wäre das ein guter und günstiger Weg. – Vielen Dank zunächst!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Liecke! – Frau Dr. Bronner, bitte!

Dr. Andrea Bronner (Vivantes-Netzwerk für Gesundheit): Vielen Dank! – Ich möchte eingangs kurz sagen: Das ist wirklich eine Thematik, die sich über einen längeren Zeitraum hinzieht, und es ist ganz klar nicht die Strategie von Vivantes, jetzt eine Gewinnmaximierung durch Bäderschließung zu realisieren. Das sehen Sie auch schon daran, dass wir andere Bäder noch betreiben. Sie haben auch gerade gesagt, das AVK sei ein positives Beispiel. Wir haben auch im Krankenhaus Spandau ebenfalls ein Bad. Wir haben gemeinsam mit der Politik auch in der Diskussion versucht, andere Lösungen jenseits der Schließung zu finden. Das war schlicht nicht realisierbar. Wir haben in Neukölln ein jährliches Defizit von etwa 60 000 Euro, und wir sind von der Politik, von unserem Aufsichtsrat, aufgefordert, mit unseren beschränkten Ressourcen sorgfältig umzugehen, um eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung realisieren zu können. Diesem Auftrag müssen wir nachkommen, und das tun wir, und dann ist es für uns nicht darstellbar, im Ergebnis nur diese Summe einzusparen. Hierfür müssen wir dann andere Sachen realisieren, sei es, in der Pflege nachzubessern oder andere wesentliche Punkte zu realisieren. Das ist der Hintergrund, weswegen wir das tun mussten.

Es ist auch schon angesprochen worden, dass wir sehr offen waren. Es gab sehr intensive Gespräche, – und Herr Dreißigacker, der auch schon öfter hier war, hat sich da sehr intensiv eingebracht –, inwieweit es möglich ist, in verschiedensten Modellen einen anderen Anbieter zum Betreiben des Bades zu finden. In jedem Fall sind diese Gespräche aufgrund der enormen Kosten gescheitert, die in diesem Bad einfach da sind. Ein weiterer wesentlicher Grund ist, dass in dem Bezirk – Sie sprachen gerade schon das Ida-Wolff-Haus an – auch andere Möglichkeiten gegeben sind, im Wasserbereich ein Angebot zu realisieren. Dass das in Gänze zu der Schließung geführt hat, heißt nicht, dass wir die Strategie verfolgen. Ich möchte noch mal betonen: Das hat nichts mit Gewinnmaximierung zu tun. Der Schritt ist uns nicht leichtgefallen, aber wir mussten es tun.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt um die Stellungnahme des Senats bitten. – Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Emine Demirbügen-Wegner (SenGesSoz): Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Anzuhörende! Vielen Dank für die Ausführungen! Ich nehme an, Herr Rosinsky, dass Sie bewusst die Frage gestellt haben: Wie wichtig sind die Therapiebäder? – Wir können alle zustimmen, dass sie eine ganz besondere Form der physikalischen Therapie sind, die sich hervorragend anbietet als begleitende Maßnahme zur Rehabilitation beispielsweise nach Unfällen und Operationen oder auch als Kombination aus Schonung und intensivem Üben. Dies macht das Bewegungsbad so erfolgreich in der Behandlung, und die Beschwerdebilder können dadurch auch zurückgehen. Ich denke schon, dass wir uns da sehr einig sind und das eher eine Frage war, die uns noch mal wachrütteln sollte.

Fakt ist: In Berlin gibt es 48 Bewegungsbäder, davon 6 öffentlich und 42 privat betrieben. Daneben gibt es 57 weitere Einrichtungen, in denen Wassersportarten, Funktionstraining und Behandlung von bestimmten Krankheitsbildern angeboten werden. Das Therapiebad, das auch Frau Dr. Bronner erwähnt hat, im Vivantes-Klinikum Neukölln verursacht nicht durch Mieterlöse gedeckte Kosten, die Sie auch genannt haben, von 60 000 Euro. Die nicht öffentlich geförderten Instandhaltungskosten beliefen sich in den Jahren 2008 bis 2010, soweit es

mir hier richtig vorliegt, auf insgesamt rund 100 000 Euro. Das Bad wurde also, wie Sie auch erwähnt haben, aus Kostengründen stillgelegt und wird nunmehr nicht mehr genutzt. Ich konnte aus der Rede von Herrn Liecke nur heraushören, dass es viele Bestrebungen gibt, was Nachnutzungen angeht, aber diese aufgrund der finanziellen Situation vor Ort bis jetzt keine Lösung erbracht haben.

Wir bedauern außerordentlich die Schließung aus wirtschaftlichen Gründen, denn der Bedarf nach einem Bad für Therapie im Bereich der stationären Versorgung durch das Krankenhaus Neukölln kann dadurch nicht mehr gedeckt werden, auch wenn Herr Liecke gesagt hat, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst einmal gut untergebracht sind. Nichtsdestotrotz kann das Angebot zunächst einmal nicht fortgesetzt werden. Wir sehen die gesundheitliche Daseinsvorsorge angesichts der Anzahl von Therapieangeboten in Berlin für den ambulanten Bereich Gott sei Dank nicht so eingeschränkt, dass wir uns zu große Sorgen machen müssen. Nichtsdestotrotz ist es ein ganz wichtiger Punkt, der in Neukölln angesprochen wird. Wir freuen uns auch, dass die früheren Nutzer des Neuköllner Bades in anderen Einrichtungen gut untergebracht werden konnten.

Wir befürworten angesichts der von der Deutschen Rheuma-Liga genannten Wartelisten und der zunehmenden Verdrängung von Therapiezeiten in die Randzeiten auch alle Unternehmungen, die zum Weiterbetrieb des Neuköllner Bewegungsbades führen könnten. Die Herichtung des Bades in den 80er-Jahren ist mit öffentlichen Mitteln finanziert worden. Insofern hoffen wir sehr, Frau Dr. Bronner und Herr Klitzke, dass die Bemühungen von Herrn Dreißigacker fortgeführt werden können und das Bad vielleicht doch wieder einer kurzfristigen oder wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden könnte. Wir hoffen, dass die Bestrebungen diesbezüglich auf allen Seiten zu einem guten Abschluss führen. Auch wir als Senatsverwaltung sehen es als sehr wichtig an, dass dieser Standort uns irgendwie erhalten bleibt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. Zunächst hat sich Herr Isenberg zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Isenberg!

Thomas Isenberg (SPD): Ich habe zwei, drei Fragen und nehme dann eine Bewertung vor. – Herr Rosinsky! Was ist das Spezielle an einer Bewegungstherapie? Warum braucht man ein geeignetes Bad? Wenn Sie das noch mal illustrieren könnten? Wir haben ja auch einen Bäderplan im Land Berlin, und die These, die Sie vertreten, ist ja, dass hier ein Spezialbedarf besteht, der sonst erst mal nicht abgebildet wird. Damit das für alle verständlich ist, würde ich Sie bitten, das ganz kurz zu erläutern.

Meine zweite Frage wäre, wie hoch nach Ihrer Einschätzung der Bedarf im ambulanten Bereich momentan landesweit ist. Das eine ist der Standort, das haben Sie eben ausgeführt. Wir haben gerade gehört, dass offensichtlich viele Patienten jetzt Zugang zu anderen Einrichtungen gefunden haben. Ist das auch das, was Sie erfahren? Gibt es hier einen öffentlichen Bedarf, oder ist es ein wünschenswerter Bedarf aus den Erfahrungen Ihrer Mitglieder? Wenn es ein öffentlicher Bedarf wäre, dann müssten wir uns auch im Ausschuss noch mal gründlicher über die Aufgaben von öffentlichen Krankenhausunternehmen unterhalten. Sie haben durchaus – Sie haben das richtig dargestellt, Frau Bronner – hier auch Gespräche mit der Finanzverwaltung gehabt, und es ist so, dass Vivantes Kredite bekommen hat und andere Möglichkeiten der Finanzierung hat, die es vorher nicht hatte, weil man davon ausgeht, dass ein öf-

fentlicher Auftrag zur Krankenversorgung erfüllt wird. Insofern gibt es hier betriebswirtschaftliche Kennziffern, die das Unternehmen zu erfüllen hat. Aus Sicht des Gesundheitsresorts werden wir uns dann auch überlegen müssen: Wie sieht es jetzt mit Therapiebädern aus? Ist das etwas, wo man von kommunalen Gesundheitsunternehmen einfach erwarten kann, dass sie das noch mit schultern, wenn wir beispielsweise auf Gewinnauszahlungen – was ja der Fall ist – verzichten? Es sind ja auch keine Gewinne in dem Sinne, denn es sind sowieso öffentliche Gelder. Aber die dürfen ja weitgehend im Unternehmen bleiben, um dort die Krankenversorgung zu organisieren. Hier haben wir es ja auch mit Patientinnen und Patienten zu tun. Insofern ist die Frage der Prioritätensetzung – wir haben ja unterschiedliche Aussagen dazu gehört, ob es einen Bedarf gibt oder nicht – ein Konfliktthema, wo man noch mal nachhaken muss.

Meine Frage an Vivantes ist: Wie ist Ihre Einschätzung der Landschaft? Sie sind noch an zwei Standorten aktiv. Wie sind die Auslastungsquoten da, wo Therapiebäder von Vivantes angeboten werden oder angeboten worden sind? Wie hat sich das in den letzten Jahren entwickelt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Isenberg! – Herr Ludewig, bitte!

Gottfried Ludewig (CDU): Herzlichen Dank allen Anzuhörenden auch von der CDU-Fraktion dafür, dass Sie heute hier sind, um die Fragen zu beantworten! Ich würde gern mit zwei Fragen kurz an das anschließen, was Herr Isenberg gerade gesagt hat, einmal zur Versorgungslage.

Wie viele Therapiestätten, wie viele Angebote existieren berlinweit? Wie ist der Auslastungsgrad? Gibt es dafür Zahlen?

Eine zweite Frage noch zu dem Zustand des Bades. Herr Liecke sagte, dass noch Wasser drin sei und der Trockenbereich noch existiere. Welche Kosten würden entstehen, wenn man das wieder in Betrieb nehmen würde? Gibt es dafür eine Schätzung? Wie ist der Zustand?

Daran anschließend: Es wurde von einer möglichen Betreibergesellschaft gesprochen. Mich würde interessieren, ob sich Vivantes vorstellen könnte, wenn es mehrere Träger geben würde und der Bezirk, wenn ich es richtig verstanden habe, bereit wäre, sich im geringen Umfang zu beteiligen, dort mit tätig zu werden. – Das waren ein paar Fragen von der CDU-Fraktion.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Ludewig! – Herr Thomas, bitte!

Heiko Thomas (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank den Anzuhörenden! Ich muss allerdings gestehen, dass ich gerade einigermaßen sprachlos bin. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, wozu wir dazu vonseiten der Koalitionsfraktionen eine Anhörung machen. Ich weiß, dass Herr Isenberg und die Staatssekretärin im Sommer auf der Demonstration gesprochen haben und als Ergebnis vereinbart wurde, diese Anhörung zu machen. Aber ich habe gedacht, dass die Zeit seitens der Koalitionsfraktionen doch ein bisschen genutzt worden wäre, um uns wenigstens eine kleine Perspektive aufzuzeigen. Insofern weiß ich nicht ganz genau, was wir hier machen.

Dann versuche ich jetzt mal, an zwei, drei Stellen eine Perspektive aufzuzeigen. Ich bin erstaunt und würde gern ein bisschen mehr hören. Vielleicht bekommen wir gleich vonseiten des Senats noch ein etwas zu hören.

Ich will zumindest zwei Dinge sagen. In der letzten Ausschusssitzung haben wir den gemeinsamen Landesausschuss beschlossen, auf den Herr Isenberg hingewiesen hat. Aus meiner Sicht wird es dort eine der ersten Aufgaben sein, die Frage der Verteilung bzw. der Bedarfsplanung nicht der Bäder, sondern der Ärztinnen und Ärzte, die sich um Rheumapatienten kümmern, auf die Tagesordnung zu setzen, denn auch dort gibt es dringend Handlungsbedarf. Wir haben in diesem Bereich eine Unterversorgung, und ich hätte mir gewünscht, dass mein Antrag angenommen worden wäre, dass auch andere Heilberufe, beispielsweise die Physiotherapeuten, hätten angehört werden können und in diesem Landesgremium beteiligt worden wären. Jetzt ist es eine freiwillige Möglichkeit, dass einmal im Jahr ein Kaffeetrinken im Landesgremium drin ist. Das wäre ein Moment gewesen, in dem man etwas für die Betroffenen hätte tun können.

Im jüngsten Bericht der Berliner Bäderbetriebe steht folgender Satz:

Im Rahmen der demografischen Entwicklung werden neue Angebote, insbesondere spezielle Kursangebote geschaffen, und in diesem Zusammenhang wird die Zusammenarbeit mit den Krankenkassen verstärkt.

Das ist ein Tor! Lieber Senat, liebe CDU! Da müssen Sie jetzt ran, weil nämlich an anderer Stelle ein Satz gestrichen worden ist. Da ging es um das Konzept für den Abbau des Sanierungsstaus. In der ersten Vorlage stand:

Dies erscheint jedoch vor dem Hintergrund der angestrebten Haushaltssanierung des Landes Berlin kaum erreichbar.

Dieser Satz ist aus dem Papier gestrichen worden. Da gibt es jetzt Handlungsbedarf, denn darin sehe ich die wichtigste Grundlage, für ganz Berlin die Versorgung sicherzustellen. Ich hätte erwartet, heute etwas dazu zu hören. Ich frage mich wirklich, was diese Veranstaltung in diesem Zusammenhang soll. Ich möchte gern wissen, ob es da Gespräche mit dem zuständigen immerhin CDU-Senator für Sport gibt. Ich würde dazu gern ein bisschen mehr hören, denn es irritiert mich wahnsinnig, das wieder auf das nächste Jahr zu verschieben. Ich bin jederzeit bereit, beispielsweise an den im Papier von Herrn Rosinsky stehenden Gesprächsrunden teilzunehmen, weil ich da eine Verbindung sehe.

Zu Neukölln: Ergänzend zu den Fragen, die schon gestellt worden sind, habe ich eine konkrete Frage, ich weiß aber nicht, ob man mir die jetzt beantworten kann. Wie ist das Verhältnis von Platzangeboten in Kursen zur Einwohnerzahl in den verschiedenen Bezirken? Das halte ich für eine relevante Zahl. Ich weiß nicht genau, wo wir eigentlich in Berlin stehen. Vieles ist mittlerweile schon abgefragt worden. Das ist gut, aber das Verhältnis fehlt mir noch.

Sie schreiben auch etwas zum Verhältnis zur Sportförderung. Mich würden die aus Ihrer Sicht positiven und negativen Aspekte einer Einbeziehung der Sportförderung interessieren.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Thomas!

Für meine Fraktion möchte ich zwei kurze Anmerkungen machen. Herr Isenberg! Manchmal sind Vorstellungen von Krankenhausfinanzierung ziemlich abenteuerlich, wie Sie sie hier vortragen. Die Finanzierung der laufenden Tätigkeit des Krankenhauses erfolgt über die Abrechnungen mit den gesetzlichen Krankenkassen. Die Berliner Krankenhäuser haben seit den Neunzigerjahren einen ungeheuren Sanierungsstau. Den haben wir schon im Einzelnen berechnet und schon länger darüber diskutiert. Nun hat Vivantes aus eigener Kraft und ohne öffentliche Mittel dieses Bad mit 80 000 Euro saniert. Die laufenden Kosten müssen sie aus dem laufenden Geschäft begleichen. Da ist es nun mal leider so, dass es auch eine politische Vorgabe ist, die Liegezeiten in den Krankenhäusern zu verknappten. Die Zeit wird immer kürzer, sodass der medizinische Nutzen für die stationäre Versorgung von solchen Bädern in den Hintergrund tritt.

Unbeachtet dessen ist der ambulante Betrieb in solchen Bädern absolut notwendig. Das zeigen die Ausführungen von Herrn Rosinsky. Die können Sie aber nicht aus der Finanzierung des laufenden stationären Geschäfts bezahlen. Dafür müssen Sie eine Lösung finden, und eine Lösung ist von Herrn Liecke vorgegeben worden. Er hat angeboten, der Bezirk würde sich beteiligen. Er hat zum Beispiel eine Betreibergesellschaft ins Gespräch gebracht. Da wäre nun zu überlegen, und das wäre ein Schritt nach vorn, ob nicht Bezirk, Vivantes, möglicherweise die Rheuma-Liga sich gemeinsam bemühen könnten, eine solche Trägergesellschaft zu gründen. Ich weiß nicht, ob weitere Summen zu den 80 000 Euro dazu kommen, aber als Betriebskosten müsste das von den drei Einrichtungen möglicherweise doch zu stemmen sein. Das ist ja nun nicht unermesslich. Aber es wird uns wenig helfen, bei den öffentlichen Krankenhäusern mehr zu bestellen, wenn wir es Ihnen nicht finanzieren können. Ich erinnere daran, dass auch im Aufsichtsrat von Vivantes Vertreter des Senats sitzen und dort auch politische Vorgaben machen, die umzusetzen das öffentliche Unternehmen angehalten ist.

Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kowalewski, möchten Sie noch etwas sagen? – Bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Da ich nun extra aufgerufen werde, aber eigentlich ist schon alles gesagt. Wenn hier von Wartelisten die Rede ist: Wer führt die eigentlich? – Die Menschen, die auf solche Therapiemaßnahmen angewiesen sind, werden wahrscheinlich zu einem Anbieter von solchen Programmen gehen, der dann wiederum die Zeitslots einkauft. Ich würde mir wünschen, dass man eine Möglichkeit hat zu sehen, wie auf einer regionalen Ebene – Sie sprachen von Gropiusstadt als Schwerpunkt –, wo viele ältere Menschen, die solch eine Behandlung brauchen, wohnen, wie in Berlin die Wartelistenkapazität verteilt ist. Hat die Rheuma-Liga darüber einen Überblick? Können Sie uns dazu Zahlen übermitteln? Das ist die Frage. Wir haben ja schon gehört, dass die Situation tatsächlich ein bisschen unübersichtlich ist.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Kowalewski! – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen der Abgeordneten, und ich bitte unsere Anzuhörenden um Antworten. – Frau Dr. Bronner!

Dr. Andrea Bronner (Vivantes-Netzwerk für Gesundheit): Vielleicht eine Sache, damit es nicht durcheinander kommt, zu dem, was von Herrn Rosinsky angesprochen wurde, von wegen kurzfristig noch mal komplett saniert und dann dichtgemacht: Das stimmt so nicht. Kurzfristig wurden die Umkleidekabinen und der Fußbodenbelag, die einer dringenden Erneuerung bedurften, renoviert. Ich habe jetzt nicht die konkreten Zahlen, aber es waren etwa 5 000 bis 6 000 Euro. Wir sprechen also nicht über eine große Größenordnung. Das war nicht das Bad an sich, sondern der Umkleidebereich. Das ist schon noch mal ein Unterschied.

Der zweite Punkt: Vivantes hat bereits seinerzeit – weil wir auch andere Bäder haben. Wir haben im Humboldt-Klinikum, in Spandau, im AVK und in Friedrichshain Bäder, wobei das im AVK an die ambulante Rehabilitation angegliedert ist –, schon vor der Schließung auf die Möglichkeit hingewiesen, dass hier Angebote wahrgenommen werden können. Diese sind von der Rheuma-Liga nicht angenommen worden. Wir haben nach wie vor freie Valenzen, also keine Warteliste, und können nur sagen, wenn da Bedarf ist: Bitte! Sehr gern. – Ich kann das nicht für Berlin sagen. Wir können nicht von einer Warteliste sprechen, sondern wir haben freie Valenzen. Das ist mir wichtig, zu sagen. Natürlich gab es kurzfristig bei anderen Trägern, Helios sei hier genannt, mehrere Schließungen. Die Auswirkungen sind noch nicht spürbar. Wir hätten im Augenblick aber noch Möglichkeiten, Patienten aufzunehmen.

Zu Ihrem Vorschlag, gemeinsam etwas zu machen: Wir haben immer signalisiert, dass wir für verschiedenste Möglichkeiten offen sind. Ich denke, das kann Herr Liecke bestätigen. Wir haben uns den Dingen nicht verschlossen. Aber wie gerade schon angesprochen wurde: Wir haben einen Aufsichtsrat, der klare Forderungen an Vivantes hat, und denen müssen wir nachkommen. Insofern können wir an der Stelle nicht jedes Jahr ein negatives Ergebnis haben, wo wir wissen, dass die Möglichkeiten für die Betroffenen anderenorts gegeben sind und wir gleichzeitig dieses Geld an anderer Stelle sehr dringend brauchen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Liecke, bitte!

Bezirksstadtrat Falko Liecke (BA Neukölln, für den Rat der Bürgermeister): Aus meiner Sicht, ohne dass ich Bäderexperte bin, kann man das Bad wieder in Betrieb nehmen. Die Kosten dafür halten sich wahrscheinlich im Rahmen, ohne dass ich sie im Detail beziffern kann. Sie müssen im Prinzip nur die Heizung und die Pumpe anmachen, damit das wieder in Gang kommt.

Ich habe noch mal nachgeschaut: Wir haben rund 58 000 Menschen, die 55 bis 65 Jahre alt und älter sind, das sind potenzielle Kunden dafür, und 30 000 im Norden. Wir haben durch die demografische Entwicklung einen klaren Bedarf. Menschen mit Rheuma sind auf dem Vormarsch, und die therapeutischen und ärztlichen Notwendigkeiten lassen sich nicht wegdiskutieren.

Der Regionaldirektor Herr Dreißigacker hat gemeinsam mit mir und anderen sehr intensiv versucht, einen Betreiber zu finden. Das ist überhaupt nicht mein Thema. Vor Ort funktioniert das ganz gut, leider noch ohne Ergebnis. Wir reden hier über 60 000 Euro pro Jahr, um ein Bad zu betreiben. Wenn wir den Nass- und den Trockenbereich mit hineinnehmen und über eine Betreibergesellschaft entsprechende Abrechnungsmechanismen – der Herr Vorsitzende hat es schon ausgeführt – nutzen können, kann ich mir einen Betrieb vorstellen.

Es ist eher ein Bauchgefühl: Ich schätze es so ein, dass Vivantes diesen Aufwand nicht betreiben kann, die ganze Koordination bzw. die Auslastung für dieses Bad in Neukölln hinzubekommen, und sie haben sich gesagt, ehe sie sich das ans Bein binden, um dann noch die laufenden Kosten einzuspielen, lassen sie es. Das ist eine wirtschaftliche Entscheidung, übrigens nicht von Herrn Dreißigacker, sondern von Vivantes insgesamt. Das mag ich aber nicht kommentieren, das ist heute auch nicht mein Thema. Ich sage es Ihnen nur so. Deshalb glaube ich, dass ein Betrieb durchaus möglich ist, wenn sich verschiedene Partner in die Verantwortung nehmen lassen. Dazu gehört auch Vivantes insgesamt. Als die Entscheidung getroffen wurde, war die Senatskonstellation übrigens noch eine andere. Vielleicht bekommt man über den Aufsichtsrat da wieder Bewegung hinein. Ich würde es mir jedenfalls für Neukölln wünschen, weil ich den absoluten Bedarf an dieser Stelle sehe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Herr Rosinsky! Sie waren gebeten worden, den Nutzen des therapeutischen Bades zu illustrieren. Ich glaube, es reicht, wenn Sie uns das erläutern.

Gerd Rosinsky (Geschäftsführer der Rheuma-Liga Berlin): Vielen Dank! – Ich nehme die Hinweise der Vivantes-Vertreter positiv auf, und wir werden uns morgen noch mal und weiterhin um diese Valenzen bemühen, denn es ist unser täglich Brot, dass wir hinsichtlich des Bedarfs versuchen, insbesondere bei zwei Einrichtungen, aber bei allen anderen auch, hinterher zu sein, um zu fragen, ob es noch solche freien Zeiten gibt. Das sind Vivantes, aber auch die Bäderbetriebe. Wie gesagt, ich sehe das positiv, wenn wir hören, dass es die bei Vivantes gibt. Wir würden uns sehr freuen.

Der Bedarf ist dargelegt. Ich hatte es in der Stellungnahme unter Punkt 3, allerdings nur in einer Fußnote und nur für rheumakranke Menschen, dargelegt. Wir haben es in Berlin schätzungsweise mit 150 000 Betroffenen zu tun, nimmt man auch die degenerativen Erkrankungen dazu, wo wir jüngst beim Orthopädenkongress gehört haben, wie wichtig die konservative Therapie ist. Herr Thomas und andere waren bei der Diskussionsveranstaltung dabei und

wissen darum. Deswegen ist das Interesse da, und wir müssen nicht über Sinn und Zweck reden. Plätze gibt es im Moment nur für 6 000, mehr haben wir nicht. In den 6 000 sind auch die Angebote für Trockengymnastik dabei. Von daher fehlt es jetzt schon an geeigneten Plätzen, an geeigneten Bädern, und wenn Bäder schließen – das ist ja nicht das einzige Bad, das geschlossen ist. Wir können an einem Beispiel illustrieren, warum es geschlossen wird, und welche Konsequenzen sich daraus ergeben –, wird die Situation nicht besser.

Hinzu kommt, dass der Bedarf sogar öffentlich gewollt geweckt wird durch die Ausführungen in den Koalitionsvereinbarungen, durch die Leitlinie Seniorenpolitik und auch in der bevorstehenden Diskussion auf der Landesgesundheitskonferenz. Aber wenn die Plätze für diese Therapie nicht da sind – – Das Wasser braucht mindestens 30 °C. Die Wassertiefe – das muss ja nicht wie in einem Schwimmbad sein. Das ist auch kein Spaßbad – ist mit 1 m bis 1,35 m ausreichend, um durch – wie ich eingangs sagte – Verringerung der Schwerkraft die Möglichkeit anzusetzen, gymnastische Übungen zu machen, die Beweglichkeit zu fördern und durch die Schmerzlinderung die Einschränkungen zu verringern, sodass es den Menschen bei ihren alltäglichen Verrichtungen wieder besser geht und Verschlimmerungen verhindert werden. Wenn es Interesse gibt, sollte die Bedarfsplanung in Ruhe vorgenommen werden, denn ich kann nur für einen Teil der Bevölkerung sprechen. Es gibt, wie wir wissen, andere Verbände, die andere Betroffenengruppen vertreten, wie ich in meiner Stellungnahme dargelegt habe. Demzufolge ist jedes Bad wichtig, und es ist wichtig, sich für den Erhalt einzusetzen. Ich begrüße die Anstrengungen des Bezirks und würde mir wünschen, dass wir auch zu Lösungswegen kommen und diese Themen gemeinsam nach und nach abarbeiten. Wir stehen dafür zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank. Herr Rosinsky! – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen oder Nachfragen vor. – [Heiko Thomas (GRÜNE): Ich hatte den Senat gefragt, ob es noch mehr Informationen gibt!] – Ich war doch noch gar nicht fertig, Herr Thomas! Ich wollte es noch weiterführen. – Ich würde jetzt der Staatssekretärin die Gelegenheit geben, die Frage von Herrn Thomas zu beantworten.

Staatssekretärin Emine Demirbükten-Wegner (SenGesSoz): Herr Thomas! Ihren Hinweis in Bezug auf die Senatsverwaltung für Sport konnte ich noch nicht richtig einordnen. Vielleicht können Sie da ein bisschen nachhelfen, weil ich bei dem, was wir jetzt inhaltlich besprechen, keine Brücke zur Sportförderung schlagen konnte.

Weil immer wieder über die Bedarfsplanung gesprochen wurde und auch über den Aufsichtsrat, möchte ich ein paar klärende Worte dazu sagen, mit dem Hinweis darauf, was der Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit in dieser Angelegenheit sein kann.

Sie wissen alle, dass die Sicherstellung der ambulanten Versorgung der Versicherten laut § 75 SGB V der Kassenärztlichen Vereinigung obliegt, und die rechtlichen Vorgaben für die Bedarfsplanung, über die Herr Liecke gesprochen hat, nach § 92 und § 101 SGB V vom Gemeinsamen Bundesausschuss durch Richtlinien festgesetzt werden. Die ambulante Bedarfsplanung liegt gemäß § 90 und § 99 SGB V beim Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen in Berlin. Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung hat die Rechtsaufsicht und mit dem Landesgremium und nach dem Versorgungsstrukturgesetz auch das Mitspracherecht über die Geschäftsführung des Landesausschusses. Insofern werden wir uns in dieser Frage

dort einbringen. Dass wir das unterstützen, habe ich schon am Anfang unserer Ausführungen gesagt. Das kann ich hier nochmal betonen.

Eine gesonderte Bedarfsplanung für Rheumatologinnen und Rheumatologen gibt es nicht, da es in der Bedarfsplanungsrichtlinie bis jetzt nicht vorgesehen und die Rheumatologie verschiedenen Fächern aus dem G-BA zugeordnet ist, sodass durch uns zunächst keine Bedarfsplanung für Therapiebäder angestrebt werden kann, da diese dem Sozialgesetzbuch unterliegen. Die Heilmittelerbringer sind nach § 124 Abs. 2 SGB V zuzulassen, wenn sie die für die Leistungserbringung erforderliche Ausbildung sowie eine entsprechende zur Führung der Berufsbezeichnung berechnete Erlaubnis besitzen, und wenn sie über die Praxisausstattung verfügen, die eine zweckmäßige und wirtschaftliche Leistungserbringung gewährleistet. Eine Bedarfsplanung, wie sie vorhin angesprochen worden ist, ist insofern laut Artikel 12 GG unzulässig.

Der Aufsichtsrat ist heute ein paar Mal angesprochen worden, auch durch den Vorsitzenden. Es wird ein Auftrag für uns im Landesgremium sein, dieses Thema mit aufzurufen und uns diesem Thema zu widmen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Herr Isenberg, bitte!

Thomas Isenberg (SPD): Vielen Dank für die Erläuterungen zur Bedarfsplanung! Das Gute bei dem Landesgremium ist, dass es sektorübergreifend auch jenseits der Bedarfsplanungsfragestellung arbeiten kann und soll. Insofern wird man das sicherlich noch mal ausführlicher beleuchten.

Meine Frage an Frau Bronner und Herrn Klitzke ist: Wie ist denn das Erlösmodell eines Bewegungsbades? Sie sagen, es gebe bei den Betriebskosten vermutlich ein Defizit von 100 000 Euro, wenn ich es richtig im Kopf habe. Welches sind denn die Hauptpositionen, aus denen die Einnahmen generiert werden? Was müsste aus Ihrer Sicht besser werden, um eine Kostendeckung zu erreichen? Herr Rosinsky hat zu Recht dargestellt, dass man aus Sicht der betroffenen Patientinnen und Patienten momentan das Gefühl hat, man falle in ein Loch, weil dort unterschiedliche Logiken greifen. Daraus wurde abgeleitet zu sagen, das sei ein öffentlicher Auftrag, der querfinanziert werden müsse. Ich verstehe – wenn Sie sagen, es gibt ein Defizit –, dass man schauen muss, wie man es optimiert. An welchen Baustellen könnte man drehen, bzw. was müsste sich gegebenenfalls an welchen bundesrechtlichen Regelungen oder anderswo ändern, damit Sie es wirtschaftlich betreiben könnten?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Isenberg! – Herr Thomas!

Heiko Thomas (GRÜNE): Zu dieser Bedarfsplanung: Natürlich haben Sie völlig recht, wenn wir über niedergelassene Ärztinnen und Ärzte reden. Aber bei der Frage einer Planung über Berlin hinweg, welche Bäder, welche Versorgung, welche Schlüssel wir brauchen, hat das nichts mit der ärztlichen ambulanten Bedarfsplanung zu tun. Insofern war ich ein bisschen überrascht, dass in der Anfrage – immerhin durch die beiden Koalitionsabgeordneten Herrn Langenbrinck und Herrn Isenberg – an der Stelle bewusst versucht worden ist, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Frau Staatssekretärin, Sie sind schlicht und ergreifend zuständig, Ihr Kollege Henkel für die Bäderbetriebe. Wie gesagt, im jüngsten Bericht vom Oktober 2012 – ich

kann Ihnen das gern kopieren – steht, dass Sie genau darin sogar einen ökonomischen Mehrwert finden, denn wir wissen alle, dass die Berliner Bäderbetriebe ein Defizit haben, in diesem Jahr ein besonders großes. Das liegt nun mal in der Natur eines Bäderbetriebs. Das ist eine ökonomisch schwierig zu betreibende Einrichtung. Gleichwohl – deshalb weise ich noch mal darauf hin – glaube ich, dass Sie nicht darum herumkommen werden, sich mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, aber natürlich auch mit den Behindertenverbänden, der Rheuma-Liga und anderen zusammenzusetzen, sich Gedanken darüber zu machen, dass es berlinweit ein möglichst gutes Versorgungssystem gibt. Zumindest ist zu verhindern, dass weitere Bäder geschlossen werden. Aus meiner Sicht ist das noch nicht deutlich genug besprochen worden.

Wir haben – so habe ich Herrn Rosinsky verstanden – Neukölln als exemplarisch zu verstehen, aber es geht nicht nur um Neukölln. Sie erlauben mir, dass ich das über Neukölln hinausziehe. Wir haben in Berlin ein Problem, oder wir haben keines, ich weiß es nicht. Ich höre dazu Unterschiedliches. Meine Wahrnehmung ist, dass wir ein Problem haben. Ich kann allerdings nicht sagen, wie viel, in welchen Bezirken und in welchen Bereichen es droht, dass weitere Bäder geschlossen werden. Aus meiner Sicht wäre es eine Aufgabe, die sehr schnell gelöst werden muss. Es reicht mir nicht, dass wir bis zu den nächsten Haushaltsberatungen warten. Bis dahin werden die Bäderbetriebe in diesem Haushalt schon ihren Plan haben. Also, bis dahin müssen Sie in die Frage rein, ob man gemeinsam mit den Berliner Bäderbetrieben bestimmte Dinge machen kann. Was machen die? Sie haben bewusst nicht nur über Rheumakranke gesprochen, die über 30 °C Wassertemperatur brauchen, sondern über die ganze Skala von Betroffenen, die unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse haben. Das ist ein notwendiges Gespräch, und insofern würde ich diesen Ausschuss fast bitten, den Senat – wenn er es nicht freiwillig macht – mit einem Beschluss aufzufordern, zeitnah Gespräche mit dem Senator für Inneres und Sport aufzunehmen. Ich weiß sonst nicht, was wir heute gemacht haben. Das reicht mir nicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz): Eigentlich wollte ich mich nicht noch mal melden, aber den Fokus nur auf die Berliner Bäderbetriebe zu richten, Herr Thomas, ist sicherlich ein Ansatz. Man muss allerdings wissen, dass die Berliner Bäderbetriebe keine medizinischen Bewegungs- und Therapieangebote haben, auch wenn sie durch ihr Kurssystem ungefähr 20 der rund 200 Kursangebote im Wasser – sogenannte Aquafitnesskurse – als Gesundheitssportkurse anbieten, die von entsprechend beruflich qualifiziertem Personal betreut werden, wie zum Beispiel Sportlehrern oder Physiotherapeuten, und die einen besonderen – sicherlich auch vorbeugenden – Gesundheitswert haben. Eine Ausweitung des Kursangebots insgesamt, also nicht nur für die Gesundheitskurse, ist sicherlich auch für die BBB wünschenswert, aber man muss wissen, wie viel zur Verfügung stehende Wasserfläche man insgesamt hat, wenn man davon ausgeht, dass die BBB in Erfüllung ihres eigentlichen gesetzlichen Auftrags rund 50 Prozent der vorhandenen Wasserfläche in Schwimmhallen dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung stellen müssen. Insofern kann das ein Akteur, aber nicht der eigentliche Akteur im Boot sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Frau Dr. Bronner! Sie waren noch von Herrn Isenberg direkt angesprochen worden.

Mathias Klitzke (Vivantes-Netzwerk für Gesundheit): Herr Isenberg! Ich würde gern darauf antworten. Sie fragten konkret, wie denn Vivantes so ein Bewegungsbad refinanziert. Da muss ich Ihnen ganz klar sagen, dass Vivantes so ein Bewegungsbad nicht refinanzieren kann, weil wir keinen Cent dafür bekommen. Das ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Die Krankenhausleistungen innerhalb der Vivantes werden über die DRG durch die Kostenträger erlöst, und es gibt keine DRG, die die Behandlung eines Patienten im Bewegungsbad vorsieht. Was wir über Jahre versucht haben – da möchte ich Herrn Liecke widersprechen. Wir haben es uns überhaupt nicht einfach gemacht, dieses Bad zu schließen, nach dem Motto: Wir haben jetzt keine Lust mehr, uns weiter anzustrengen, die Erlöse zu generieren –: Wir haben dort eine physiotherapeutische Ambulanz betrieben, die allerdings kein Bewegungsbad braucht, das muss man deutlich sagen. Physiotherapeutische Leistungen können Sie im Bereich der Neurologie, der Traumatologie, in vielen Disziplinen auch ohne Wasser erbringen. Es wurde versucht, dies mithilfe des Bewegungsbades ein bisschen attraktiver zu gestalten. Trotzdem sind die Betreiberkosten, die übrigens per anno bei 88 000 Euro liegen, nicht über eine physiotherapeutische Ambulanz mit relativ niedrigen Sätzen pro Behandlung über die Kostenträger refinanzierbar. Wir haben versucht, eigene Aquafitnesskurse anzubieten etc., was letztlich immer dazu führte, dass Vivantes dieses Bewegungsbad quersubventionieren musste. Es war praktisch nicht refinanzierbar.

Im Klinikum Neukölln hatten wir keine Notwendigkeit in einer anderen Disziplin, keine im Bereich der Rehabilitation, im Bereich des Mutter-Kind-Zentrums, wie wir es zum Beispiel im Humboldt-Klinikum haben. Da haben wir eine sehr starke Elternschule am Ort. Das heißt, es werden Fälle im Bereich der Geburtshilfe generiert über das Bewegungsbad. Da macht es für Vivantes Sinn, so ein Bewegungsbad zu betreiben. So einen Hintergrund auch im rehabilitativen Bereich – in Spandau haben wir eine große Schädelhirntrauma-Abteilung, wo auch das Bewegungsbad durch die Kliniken genutzt wird –, solch eine Notwendigkeit haben wir im gesamten Klinikum Neukölln nicht. Deswegen betreiben wir diese physiotherapeutische Ambulanz weiter, versuchen auch dort, kostendeckend zu arbeiten, was schwer genug ist, sind aber letztlich – – Verstehen Sie es bitte als Betroffene nicht falsch, wir sind nicht froh darüber, dass die Rheumakranken nicht mehr ins Wasser können. So meine ich das auf keinen Fall. Uns war aber immer klar, dass wir mit diesen Betriebskosten von 88 000 Euro – hätten wir sie refinanzieren müssen aus dem Betrieb der physiotherapeutischen Ambulanz – niemals ein Bein auf den Boden bekommen hätten. Das vielleicht noch zu Ihrer Frage.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Klitzke! – Es gibt jetzt definitiv keine weiteren Fragen und Wortmeldungen mehr. Ich schlage vor, diesen Tagesordnungspunkt bis zum Vorliegen des Wortprotokolls zu vertagen, um uns dann noch einmal darüber zu unterhalten. – Ich bedanke mich bei den Anzuhörenden, und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag!

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelles aus der Senatsverwaltung

[0045](#)
GesSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wir kommen nun zu

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0027](#)
GesSoz
Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0079](#)
GesSoz
Unterbringung von Flüchtlingen
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Ich begrüße Herrn Franz Allert, den Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Soziales, der einen mündlichen Sachstandsbericht abgeben wird. Herr Büge hat dem Ausschuss in Beantwortung einer Frage aus der Aktuellen Viertelstunde der Sitzung vom 15. Oktober einen Vermerk „Wohnungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber“ bereits übermittelt. Die Begründung durch die Fraktion Die Grünen erfolgt durch wen? – [Zuruf: Wortprotokoll!] – Dann machen wir ein Wortprotokoll. Es ist zwar nicht üblich, weil Herr Allert zur Verwaltung gehört, aber dann machen wir das unüblich. – Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Bevor ich inhaltlich zu dem von uns beantragten Besprechungspunkt vertiefend Stellung nehme oder diesen begründe, komme ich nicht umhin, auch noch einmal kurz zu der Zuständigkeit im Senat für dieses Thema ein paar Bemerkungen zu machen und Fragen zu stellen. Insbesondere geht es darum, dass alle Kleinen Anfragen, die von mir oder den Kolleginnen und Kollegen zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen eingebracht wurden, von Herrn Büge als demjenigen unterzeichnet werden, der das verantwortet und sich für dieses Thema zuständig erklärt. Im „Tagesspiegel“ vom 21. November 2012 gibt es ein Interview mit einer Politologin, in dem sie herausstellt, dass Herr Büge in einer Burschenschaft aktiv ist, die mit rechtem Gedankengut in Zusammenhang gebracht wird. Die Politologin macht deutlich, dass sich für jemanden, der ein solches Thema zu verantworten hat, die Frage nach dem demokratischen Verständnis stellt und Herr Büge sich davon distanzieren sollte. Jetzt gibt es eine Erklärung, in der sich Herr Büge von dem Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“ zu distanzieren versucht hat. Ich erwarte, dass wir heute auch zu diesem Punkt etwas vom Senat hören.

Zu dem von uns beantragten Besprechungspunkt merke ich an, dass es bereits mehrere Kleine Anfragen und Besprechungen im letzten Jahr gegeben hat, in denen wir darauf hingewiesen haben, dass die Situation für die Flüchtlinge in Berlin nicht so ist, wie es einerseits vom Gesetz vorgegeben ist und wie es andererseits die eigenen Mindeststandards des Senats vorsehen. Jede und jeder, der sich diese Einrichtungen einmal selbst angeschaut hat, weiß, dass das mit unserem Regelwerk – sowohl einfachgesetzlich als auch Verfassungsnorm – unvereinbar ist.

Ich möchte noch auf eine Kleine Anfrage hinweisen, die mir im Februar beantwortet wurde. Da habe ich nachgefragt, ob denn weitere Plätze geplant sind und wie der Senat mit der Entwicklung in der Flüchtlingspolitik umgehen will. Da wurde deutlich gemacht, dass keine weiteren Plätze geplant seien. Man braucht sich nur die beiden Übersichten der Anfragen von Februar und September anzuschauen, um deutlich zu sehen, dass es absehbar war, dass diese

Überbelegung jetzt kommt. Es gibt überhaupt keinen Bereich, der nicht überbelegt ist. Wenn man sich zum Beispiel die Einrichtung Motardstraße anguckt, wo das Verhältnis zwischen der Kinderbetreuung und den Kindern unter 12 Jahren 1:150 beträgt, dann weiß man, in welchem Verhältnis das Ganze zueinander steht.

Wir haben vor Kurzem einen Antrag eingebracht, den wir wahrscheinlich demnächst in diesem Ausschuss beraten werden. Darin haben wir ein gesamtstädtisches Konzept eingefordert, in dem auch die Bezirke stärker beteiligt werden, denn aus den mir zur Verfügung gestellten Statistiken geht hervor, dass es Bezirke gibt, die gar keine Flüchtlinge in ihrem Bereich untergebracht haben.

Jetzt hat sich der Herr Senator dahin gehend geäußert, es könne notfalls Bezirkseigentum beschlagnahmt werden. Weiterhin ist interessant, dass ein Neuköllner Stadtrat einbrachte, dass nicht nur bezirkseigene, sondern nach Sicherheits- und Ordnungsrecht auch private Gebäude beschlagnahmt werden könnten, um der drohenden Obdachlosigkeit der Flüchtlinge Herr zu werden. Mich interessiert: Was plant der Senat in diesem Bereich? Schreiten die Planungen – dieser Eindruck entsteht manchmal – gar nicht fort? Ist man nur noch mit der hektischen Bewältigung der aktuellen Fragen beschäftigt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Bitte, Herr Staatssekretär Büge, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bayram! Sehen Sie mir bitte nach, dass ich im Rahmen des Ausschusses nicht über private Tätigkeiten reden werde – weder über mein Familienleben noch über meine seit 1989 bestehende Mitgliedschaft in einer Studentenverbindung noch über andere private Dinge wie Sexualität oder Ähnliches. Wenn Sie da Bedarf haben, dann stellen Sie mir die Fragen bitte privat oder gegebenenfalls über andere Wege. Ich denke aber, dass das hier keine Rolle spielt und spielen darf.

Ich gehe doch noch auf einen privaten Punkt ein, weil Sie auf das Private zu sprechen gekommen sind: Ich war am Samstag in Rudow auf der Demonstration – zum wiederholten Mal –, und das aus voller Überzeugung und weil ich glaube, dass es richtig ist, sich hier mit aller Kraft und Macht gegen das eine oder andere zu stellen, das jenseits, also am Rand unserer Gesellschaft zu finden ist. Ich bin übrigens ganz bewusst nicht offiziell dort irgendwo aufgetreten, weil es meine Privatangelegenheit ist – wie jede andere Tätigkeit auch, die Sie angesprochen haben und über die man diskutieren könnte. Deswegen noch einmal meine Bitte zu trennen zwischen der Tätigkeit, die ich hier wahrnehme und dem, was ich privat in irgendeiner Form mache, denn das eine hat mit dem anderen in der Tat nichts zu tun.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Staatssekretär! Ich wollte Ihnen nur kurz Gelegenheit zur Antwort geben, weil Sie persönlich angesprochen worden sind. Zunächst muss noch die Begründung des Antrags durch die Linke erfolgen, und dann erst kommt die offizielle Stellungnahme. – [Staatssekretär Michael Büge: Ach so, danke!] – Bitte, Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Ein Staatssekretär ist eine Person des öffentlichen Lebens. Deshalb wird diese Frage irgendwann diskutiert werden, aber ich würde sie auch ungern heute bei dem Tagesordnungspunkt Unterbringung von Flüchtlingen diskutieren,

denn da hat das eine nichts mit dem anderen zu tun. Trotzdem werden Sie aber irgendwann einmal zu Ihrer Mitgliedschaft in der Burschenschaft Stellung beziehen müssen.

Wir hatten in den letzten Wochen mehrere Debatten über die Unterbringung von Flüchtlingen. Dazu gibt es unterschiedliche Positionen, aber auch ganz viele Fragen. Zum einen haben wir das Problem, dass Flüchtlinge, die in Berlin nach drei Monaten Wohnungen anmieten können, keine Wohnungen finden. Da hat auch die Wohnaufwendungsverordnung keines der Probleme gelöst. Es gibt eine Vereinbarung mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften, dass die 275 Wohnungen pro Jahr anbieten sollen. Diese Vereinbarung wird nicht eingehalten, und die Frage, warum sie bisher nicht eingehalten worden ist, wurde bis zum heutigen Tag nicht beantwortet. Vielleicht kann sie hier beantwortet werden.

Durch eine Anfrage der Piraten im Plenum kam noch hinzu, dass Herr Senator Czaja, der heute leider nicht anwesend ist, zu den Wohnungen der BIH, jetzt berlinovo, sagte, es würde dort keine geeigneten Wohnungen geben, was meine Fraktion sehr überrascht hat. Recherchen haben gezeigt, dass der Senatsverwaltung 1 179 möblierte Appartements angeboten wurden, also muss es offensichtlich geeignete Wohnungen gegeben haben. Was ist aus diesen Wohnungen geworden? Warum wurde auf dieses Angebot nicht zurückgegriffen, zumal es nach wie vor einen Leerstand von durchschnittlich 20 Prozent gibt, für den das Land bezahlen muss? Im Winter ist dieser Leerstand noch höher, weil die Bauarbeiter auf Montage ausbleiben. Vielleicht können Sie uns auch dazu noch etwas sagen.

Zu den Erstaufnahmeeinrichtungen wurde schon etwas gesagt. Uns ist nach wie vor unklar, warum die Erstaufnahmeeinrichtungen, die per Bundesgesetz vorgeschrieben sind, nicht ausreichen, denn seit Jahren ist klar, dass die Anzahl der Flüchtlinge zunimmt. Hinzu kommt, dass die Motardstraße mehr oder weniger rott ist. Entweder man investiert richtig und lässt sie neu machen, oder man sucht eine oder mehrere neue Erstaufnahmeeinrichtungen. Der Vertrag läuft in diesem oder im nächsten Jahr aus. Was gedenken Sie diesbezüglich zu tun?

Über die Notunterkünfte kann man im Einzelnen noch mal reden. Auf jeden Fall sind die meisten Notunterkünfte nicht menschenwürdig, was auch mit den Gebäuden, die da ausgewählt wurden, zusammenhängt. Das sind leerstehende Verwaltungsgebäude und Schulen, die zum Wohnen ungeeignet sind. Die Beschäftigten können sich dort viel Mühe geben, um die Probleme zu lösen, aber sie bekommen das kaum hin. Eine Frage, die bisher auch noch nicht beantwortet wurde, ist: Welche Standards – in Bezug auf das Personal wie auch in Bezug auf die Einrichtung der Räume – werden eigentlich zugrunde gelegt, wenn Notaufnahmeeinrichtungen geschaffen werden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Bitte, Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst zwei, drei Dinge zu den beiden Tagesordnungspunkten ausführen. Danach werde ich das Wort an Herrn Allert weitergeben, der dann noch in die kleinteiligen Details einsteigen kann, insbesondere zu der Frage nach den verfügbaren Wohnungen, die im Rahmen einer Anfrage im Abgeordnetenhaus gestellt wurde. – Wir haben zurzeit rund 12 000 Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Davon sind zurzeit 7 000 Personen – das sind etwa 60 Prozent – in Wohnungen untergebracht. Ich denke, dass

noch einmal ein Drittel aller Personen, die eben aufgeführt wurden, seit vier Jahren im Leistungsbezug sind und damit Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, was analog den Leistungen des SGB XII entspricht. In dieser Personengruppe beträgt der Anteil der Wohnungsunterbringung mehr als 90 Prozent. Gegebenenfalls kann Herr Allert das noch ergänzen. Zumindest ein Teil derjenigen, die nicht in Wohnungen untergebracht sind, sind hier und da auch diejenigen, die nicht in Wohnungen leben wollen, weil sie sich in dem sozialen Umfeld wohlfühlen – jedenfalls nach dem, was wir erfahren haben –, denn ansonsten hätte man diese Quote im Laufe der Vergangenheit schon erhöhen können.

Zu den Wohnungen: Sie werden den Asylbegehrenden nicht nur aufgrund der mit dem BBU in 2011 abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung vermittelt, sondern Asylbewerber werden auch – das möchte ich an dieser Stelle betonen, und Herr Allert wird gegebenenfalls auch noch mal darauf eingehen – durch den Sozialdienst des LAGeSo bei der Wohnungssuche auf dem freien Wohnungsmarkt entsprechend unterstützt. Richtig ist – das ist sowohl hier als auch im Rahmen von Kleinen oder Mündlichen Anfragen schon einmal angesprochen worden –, dass uns im Rahmen der Kooperationsvereinbarung bislang 118 Wohnungen angeboten wurden, was in der Tat nur 43 Prozent der Sollquote in diesem Jahr betrifft. Zur Begründung für diese geringe Anzahl: Ich hatte schon einmal ausgeführt, dass ich ein deutliches Schreiben an die Wohnungsbaugesellschaften gesandt habe, mit der Aufforderung, uns entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Daraufhin wurde zum einen die Diskrepanz zwischen Nachfrage und Angebot bei kleineren und preisgünstigeren Wohnungen genannt sowie die geringe Leerstandsquote, die sich nach den Schreiben, die uns erreichten, mittlerweile bei allen Wohnungsbaugesellschaften bei rund 1 Prozent einzupendeln scheint. Das heißt: Wer in einer einigermaßen vernünftigen Lage eine preiswerte Wohnung gefunden hat, der zieht mittlerweile nur noch selten aus bzw. um. In Teilen hängt das auch mit der schleppenden Bearbeitung von Wohnberechtigungsscheinen zusammen. Das ist etwas, um das wir nur bitten können, wo wir aber tatsächlich keine Einwirkungsmöglichkeiten haben. Übrigens scheint der Schwerpunkt dabei insbesondere leider in Pankow zu liegen – jedenfalls was die Bearbeitung der entsprechenden Anträge nach gegenwärtigem Stand betrifft.

Festzustellen ist trotz allem, dass sich die Unternehmen nach wie vor zu der Vereinbarung bekennen und entsprechende Bemühungen um weitere Angebote zugesagt haben.

Sie hatten im Zusammenhang mit der Beantwortung der Mündlichen Anfrage in der vorletzten Plenarsitzung nach den 1 100 zum Teil möblierten Wohnungen gefragt. Ich habe jetzt nicht den gesamten Wortlaut der Antwort in Erinnerung, aber ich erinnere mich daran, dass zum Beispiel ein großer Gebäudekomplex, der ursprünglich zumindest mal in den Daten aufgetaucht ist, nämlich am Buckower Damm, in Teilen – und das schon unter der alten Hausleitung – einem anderen Zweck zugeführt wurde, nämlich Menschen, die ursprünglich wohnungslos waren, wieder an festen Wohnraum zu gewöhnen und das, wenn ich mich recht erinnere, über einen privaten Träger.

Ich habe jetzt nicht den gesamten Sachstand der Antwort im Gedächtnis, kann mich aber erinnern, dass ein großer Gebäudekomplex, der zumindest in den Daten ursprünglich mal aufgetaucht ist, nämlich am Buckower Damm, in Teilen schon unter der alten Hausleitung einem anderen Zweck, nämlich der Gewöhnung von Menschen an festen Wohnraum, die ursprünglich unter anderem wohnungslos waren, über einen, wenn ich mich recht erinnere, privaten Träger zugeführt wurde.

Noch ein paar Ergänzungen zu Top 4, was die Unterbringung von Flüchtlingen betrifft: Richtig ist, dass wir von der Kapazität her momentan an der einen oder anderen Stelle Schwierigkeiten haben. Ich erinnere aber noch mal daran, dass diese Schwierigkeiten nicht erst seit Februar oder Juni absehbar sind. Es war vielmehr eine der ersten Aufforderungen seitens des RdB im Januar – bezogen auf eine Diskussion, die bereits im November letzten Jahres, also vor über einem Jahr, stattgefunden hat – darüber nachzudenken, wie neue Einrichtungen realisiert werden können, und zwar möglichst gleichmäßig auf die Bezirke in Berlin verteilt. Wir haben seit 2007 einen stetigen Anstieg, um das noch mal ganz deutlich zu sagen. Um das mal anhand von Zahlen deutlich zu machen: Wir haben in der Zeit von 2007 bis 2011 nach den uns vorliegenden Zahlen etwa 10, 11 Prozent an zusätzlichen Plätzen schaffen können. Wir haben seit 1. Dezember letzten Jahres bis heute etwa 25 Prozent an zusätzlichen Plätzen in entsprechenden Unterkünften verschiedener Art schaffen können.

Wir haben in der Tat – aber da sind wir einen großen Schritt vorangekommen – die Diskrepanz gehabt, dass wir eine Ungleichgewichtung bei der Verteilung haben. Wir haben an der Spitze die Bezirke – die Reihenfolge ist jetzt beliebig – Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg, die, wenn wir eine Soll-Zahl von 6 000 ansetzen – diesen Platzbedarf erwarten für das Ende des nächsten Quartals –, ihre Zahl erfüllt haben. Wir haben einige Bezirke, die unter anderem auf die Einwohnerzahl bezogen weniger Plätze zur Verfügung stellen und noch weitere Plätze erbringen müssten. Wir haben einige Bezirke, die bislang ausgesprochen wenig Plätze verfügbar gemacht haben. Die Bezirke selbst drängen in der Diskussion immer noch darauf, unterschiedliche soziale Indikationen berücksichtigt zu bekommen. Der Senator hat an anderer Stelle mal ausgeführt, dass es mehrere Varianten gab, die wir für den RdB angedacht hatten. Im Ergebnis ändern die aber an der Reihenfolge – zumindest der letzten Plätze – überhaupt nichts. Das heißt, die Bezirke, die einen Nachholbedarf haben, bleiben die Bezirke, die Plätze schaffen müssen, egal welche sozialen Indikatoren im Einzelnen berücksichtigt werden. Hier drängen wir darauf. Am Donnerstag wird die Diskussion auch noch mal im RdB geführt werden. Unsere Vorlage liegt dort vor. Die Signale, die ich aus den Bezirken empfangen habe, sind so, dass sie grundsätzlich gewillt sind, sich hier zu bewegen. Bislang hatte man manchmal den Eindruck, dass an der einen oder anderen Stelle das Sankt-Florians-Prinzip regiert. Dies ist nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten.

Ich will noch zwei positive Beispiele bringen. Der Bezirk Reinickendorf wird uns mit hoher Wahrscheinlichkeit in der nächsten Zeit eine Einrichtung zur Verfügung stellen. Dort werden wir noch mal etwa 250 Plätze bekommen. Wir haben in Friedrichshain-Kreuzberg, die auch noch ein Defizit im Verhältnis zu den notwendigen zu schaffenden Zahlen vorweisen, eine Einrichtung, wo ich hoffe, dass dort 150 bis 200 Plätze geschaffen werden können. Das heißt, wir kommen sukzessive, was die Einrichtungen betrifft, voran. Wir reden auch nicht über Einrichtungen, die nicht angemessen sind, sondern in beiden Fällen waren das ursprünglich mal Senioreneinrichtungen, die nur an der einen oder anderen Stelle etwas umgebaut werden

müssen, wo aber entsprechende Zimmer und sanitäre Anlagen usw. vorhanden sind, sodass in diesen Einrichtungen eine vernünftige Unterkunft gegeben sein wird.

Das von meiner Seite zunächst mal einführend. Ich würde nun Herrn Allert das Wort geben, damit er das eine oder andere, das ich mit Sicherheit noch nicht beantwortet habe, ergänzen kann. – Danke!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Herr Allert, bitte!

Franz Allert (Präsident LAGeSo): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär Büge hat nahezu alles beantwortet. Ich werde versuchen, noch einige ergänzende Punkte zu nennen.

Vielleicht zunächst noch mal Zahlen: Von Januar bis Oktober hatten wir in Berlin einen Zugang von insgesamt 6 844 Personen. Im Vorjahreszeitraum von Januar bis Oktober waren es 4 209 Personen, die nach Berlin gekommen sind. Das sind rund 62 Prozent mehr. Davon sind Berlin für die Dauer des Asylverfahrens 2 847 Personen zugewiesen worden. In diesem Zeitraum des Vorjahres waren es 1 804 Personen. Das ist eine Steigerungsrate von rund 58 Prozent.

Wir prognostizieren schon seit geraumer Zeit, das wird sich wohl auch so bewahrheiten, dass wir etwa 3 500 Personen in diesem Jahr nach Berlin bekommen, die für die Dauer ihres Asylverfahrens hier ihren Aufenthalt haben werden. Das nur, damit die Größenordnung deutlich wird.

Die Problematik ist die Unterbringung, die von Ihnen, Frau Bayram und Frau Breitenbach, angesprochen worden ist. Wir haben in den letzten Jahren – Herr Büge hatte gerade darauf hingewiesen – in Erstaufnahmeeinrichtungen, in den dauerhaften Gemeinschaftsunterkünften und in den Notunterkünften rund 3 000 Plätze geschaffen und seit 2010 etwas 1 000 Personen in Wohnungen untergebracht bzw. die Kosten für die Miete übernommen. Insofern möchte ich die Frage beantworten, was passiert, ob wir nur planen und nichts tun. Wir sind ständig dabei, hier zweigleisig zu verfahren, das heißt, auf der einen Seite die Zahl der Plätze in Gemeinschaftsunterkünften aufgrund des hohen und in den letzten Monaten stark erhöhten Zugangs zu erhöhen und auf der anderen Seite zusätzliche Plätze in Wohnungen bereitzustellen.

In der Tat ist es so, dass die Vereinbarung mit den Wohnungsbauunternehmen bisher nicht zu dem Erfolg geführt hat, den wir uns vor ein, zwei Jahren versprochen haben. Auch ansonsten sind die Akquisitionen auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt nicht so wie erhofft oder möglich, möglich insofern, dass viele Asylbewerber nicht mehr gesetzlich gezwungen sind, etwa in Gemeinschaftsunterkünften zu leben, sondern in Wohnungen umziehen könnten, wenn sie es denn wollten und vor allen Dingen, wenn genügend geeignete Wohnungen zur Verfügung stehen würden. Das ist aber leider im Moment nicht der Fall, trotz der Beratung und trotz der Veränderungen und Verbesserungen im Detail.

In diesem Zusammenhang – Sie haben es noch nicht angesprochen, werden es aber vermutlich ansprechen – zur Frage der Übernahme von Mietkautionen. Das machen wir. Wir prüfen das immer im Einzelfall, so muss es ja gemacht werden. Aber daran ist noch keine Übernahme gescheitert. Insofern ist das kein Hinderungsgrund. Es liegt im Moment aus unserer Sicht

daran, dass sich sowohl Hartz-IV-Empfänger als auch überhaupt Personen, die weniger verdienen – das muss ja nicht immer aufgrund von Sozialleistungen sein – und auch viele Studenten dieses Wohnungsmarktsegment teilen müssen, was mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Wir können keinen Wohnungseigentümer zwingen, einer bestimmten Klientel etwas zu vermieten, sondern das können wir nur durch Überzeugung, durch eine Begleitung der Personen und durch eine Übernahmegarantie der Kosten tun. Das ist aus meiner Sicht ein großer Vorteil, den jeder Vermieter hat und der stärker deutlich gemacht werden muss, denn hier gibt es ja sozusagen sichere Mieteinkünfte. Überall dort, wo Vermieter vielleicht die sogenannten Mietnomaden befürchten, muss man sagen, dass das hier kein Thema ist, sondern es gibt eine sichere Zahlung der entsprechenden Mieten.

Wir benötigen jetzt vor allen Dingen Unterkünfte, die wir für längere Zeit in Anspruch nehmen können. Dazu dient das Konzept, dass Herr Staatssekretär Büge gerade angesprochen hat, das derzeit im Rat der Bürgermeister diskutiert wird. Am Donnerstag – darauf ist auch schon hingewiesen worden – wird es im zuständigen Fachausschuss eine Diskussion über eine möglichst gleichmäßige, angemessene Verteilung von Platzkapazitäten im Land Berlin geben – aber davon haben wir sie natürlich noch nicht. Das eine ist, die Bereitschaft anzuerkennen, dass alle Bezirke entsprechende Unterkünfte zur Verfügung stellen müssen oder Unterstützung leisten müssen, wenn es um die Schaffung geht. Das ist häufig ein viel wichtigerer Punkt, denn das Bauplanungsrecht spielt da eine wesentliche Rolle. Aber auch ansonsten ist im Bereich Bauen und Gesundheit die Unterstützung durch die Bezirke erforderlich, und es muss gemeinsam mit den Bezirken ein Weg gefunden werden, wenn es um die Beschulung der Kinder geht und darum, was im Umfeld getan werden muss usw. Das können die Bezirke im Einzelnen viel besser beurteilen. Wir haben zugesagt, die Information der Bevölkerung und was auch immer erforderlich ist, gemeinsam in Angriff zu nehmen. Wie gesagt, dafür ist die Zusammenarbeit, das gemeinsame Vorgehen besonders wichtig.

Wir haben derzeit etwas mehr als 1 000 Plätze in sogenannten Notunterkünften. Was bedeutet Notunterkunft – danach ist auch gefragt worden –, und welche Standards gelten für Notunterkünfte? – Es gibt keine besonderen Standards für Notunterkünfte, sondern es gibt Qualitätsstandards für die Unterkünfte von Flüchtlingen. Frau Abgeordnete Bayram! Ich kann Ihre Auffassung nicht teilen, dass diese Qualitätsstandards mit Gesetz und Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind. Ich wüsste nicht, mit welchem Gesetz, und mit der Verfassung aus meiner Sicht schon überhaupt nicht, das in irgendeiner Diskrepanz stehen sollte, sondern hier ist für angemessene und qualitativ gute Unterbringung gesorgt, was allerdings nicht bedeutet, dass dies in allen Fällen so in den Notunterkünften umgesetzt werden kann. Notunterkünfte entstehen dadurch, dass bei uns Menschen vor der Tür stehen – das ist im wahrsten Sinne des Wortes so –, denen wir helfen müssen, das heißt, Menschen, die keine Unterkunft haben, wo wir Obdachlosigkeit vermeiden oder beseitigen müssen, wo es darum geht, zunächst erst mal überhaupt eine Unterkunft zu finden und eine Verpflegung und eine erste Betreuung zu haben. Dazu mussten wir in den letzten Monaten aus meiner Sicht leider auch auf ehemalige Schulen und Bürogebäude zurückgreifen, weil schlicht und ergreifend keine anderen Unterkünfte zur Verfügung standen.

Wir sind mittlerweile seit zwei Jahren – sogar schon etwas darüber hinaus – verstärkt darum bemüht, geeignete Immobilien zu finden. Wir haben Interessenbekundungsverfahren und Ausschreibungen veröffentlicht. Auch jetzt läuft wieder eine Ausschreibung. Wir haben uns mit dem Berliner Immobilienmanagement in Verbindung gesetzt und mit der BImA, mit der

BIM des Bundes, mit der Bundeswehr, mit Wohlfahrtsverbänden, mit den Kirchen. Wir haben Makler angeschrieben. Aber das Ergebnis ist, das nicht ausreichend Unterkunftsplätze oder Immobilien zur Verfügung gestellt werden konnten, die geeignet sind oder mit vertretbaren Mitteln umgebaut werden konnten. Wir haben in den vergangenen Jahren für diese langfristigen Unterkünfte 1 400 Plätze, vertragsfrei noch mal 420 Plätze, bereitstellen können und die eben von mir genannten rund 1 100 in Notunterkünften. Das ist zwar schon eine ganze Menge, aber bei Weitem nicht genug. Jetzt benötigen wir Unterbringungsplätze, damit wir diese Notunterkünfte möglichst rasch in anderen geeigneten Wohnraum umwandeln können, nicht dort, wo die Personen gerade sind, sondern in anderen Einrichtungen, seien es Notunterkünfte, seien es Wohnungen, die zur Verfügung gestellt werden können, jedenfalls in andere Wohnplätze.

Dazu brauchen wir natürlich auch mehr Personal. Die Senatsverwaltung für Finanzen ist in allen Belangen – das kann man sonst nicht immer so sagen, aber in diesem Fall wirklich in allen Belangen – sehr hilfreich und unterstützend tätig. Es gibt da überhaupt keine Differenzen, sondern die Bereitschaft zu helfen. Wir werden auch über Zeitverträge kurzfristig Personal einstellen könne, weil für Sprachmittlung, Betreuung und Ähnliches entsprechende Kapazitäten bei uns geschaffen werden müssen und zum Teil auch durch organisatorische Veränderungen schon geschaffen worden sind.

Das gesamtstädtische Konzept hatte ich angesprochen. Das wird jetzt im Rat der Bürgermeister gemeinsam beraten werden. Ich bin sicher, dass auch mit Unterstützung der Bezirke mehr Plätze – und diese auch schneller als bisher – geschaffen werden können. Ich hoffe das jedenfalls sehr stark. Das ist ein großer Schwerpunkt in den nächsten Tagen, Wochen und vermutlich auch Monaten, denn im Moment kann niemand sagen, wie sich der weitere Zugang von Flüchtlingen entwickeln wird. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das hierfür zuständig ist, korrigiert immer wieder alle paar Monate die eigenen Prognosen, bislang allerdings immer nach oben, was uns nicht überrascht, uns aber auch nicht einer Lösung näherbringt. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass wir weiterhin zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten brauchen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Allert! – Wir kommen zur Aussprache, und zunächst hat sich Herr Reinhardt gemeldet. – Bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Vielen Dank! – Bevor ich auf den eigentlichen Sachverhalt eingehe, habe ich einen Kommentar zu dem kleinen Vorgang von vorhin. Herr Büge! Ich verstehe, dass Sie hier nicht im Detail antworten wollen. Das ist Ihr Recht, das kann ich gut nachvollziehen. Aber dass Sie darauf verweisen, dass eine Vereinsmitgliedschaft Privatsache ist und dass Sie das an sexueller Identität oder sexueller Ausrichtung orientieren, finde ich sehr enttäuschend und fehlplatziert. Ich glaube, Franziska Drohsel, die sich damals für ihre Mitgliedschaft in der „Roten Hilfe“ rechtfertigen musste, ist auch nicht so locker angegangen worden.

Kommen wir zum inhaltlichen Teil. Wir haben einige Fragen. Gerade in Bezug auf die Vorlage an den Rat der Bürgermeister würde mich interessieren, ob es eine Möglichkeit gibt, diese inhaltlich zu begutachten. Könnten Sie uns die vielleicht zukommen lassen? Falls nicht, wäre die Frage, ob Sie uns ein paar Eckpunkte nennen können, denn mir ist inhaltlich noch so gut wie gar nichts bekannt. Eine konkrete Frage habe ich dazu noch: Sie hatten gerade darauf

hingewiesen, dass es um eine gleichmäßige Verteilung gehe. Gleichmäßig kann aber auch bedeuten, dass es Bezirke gibt, die ihre Kapazitäten reduzieren können. Das geht ja in beide Richtungen. Vielleicht können Sie uns da versichern, dass das nicht in diese Richtung gedacht ist.

Zu dem Markterkundungsverfahren: Von August bis Anfang Oktober hat das Landesamt ein formloses Markterkundungsverfahren durchgeführt, um neue Kapazitäten zu suchen. Können Sie zu den Ergebnissen – ein paar sind schon angeklungen – etwas konkreter werden, zum Beispiel wie viele Angebote eingegangen sind? Zu zwei Gebäuden, in Friedrichshain-Kreuzberg und Reinickendorf, hatten Sie schon etwas gesagt, aber wie viele Angebote sind insgesamt eingegangen? Wie erfolgreich, wie effizient war dieses Verfahren? Warum hat das Landesamt seit Kurzem ein offizielles Vergabeverfahren gestartet?

Zu den Notunterkünften habe ich auch ein, zwei konkrete Fragen, und zwar ist das Deutsche Rote Kreuz dort sehr stark eingebunden. Wir würden gern wissen, ob das DRK eine Vergütung für die Erstmaßnahmen erhält, die es im Auftrag des Senats beim Einzug in die neuen Gebäude durchführt, und wenn ja, in welcher Höhe.

Warum werden die neuen Notunterkünfte fast alle nur durch die privaten Betreiber PRISOD und PeWoBe betrieben? Es gibt dafür sicher einen simplen Grund, der uns aber nicht eingefallen ist.

Weil auch nach den Mindeststandards gefragt wurde: Welche der derzeitigen Notunterkünfte mit welchen Kapazitäten sollen längerfristig genutzt werden? Gibt es eine konkrete Planung? So kurz wie möglich oder je nach Qualitätsstandards einige länger, andere kürzer? Gibt es etwas, was Sie zum aktuellen Stand mitteilen können?

Ich würde gern auch auf die Mindestanforderungen, auf die Qualitätsstandards eingehen, die Sie eben genannt hatten. Gerade innerhalb dieser Qualitätsstandards werden einige Punkte aufgeführt, über die man sich doch ein bisschen wundert. Einige der Punkte sind extrem unkonkret. Ich nenne mal zwei, drei Beispiele. Zwar sind die Aufenthaltsmöglichkeiten, also Fernsehräume oder Ähnliches, für die Betroffenen aufgeführt, aber nicht konkret, wie viele Räume das für wie viele Personen sind. Ist das ein Raum für zehn, für 30 oder 100 Personen? Das wird überhaupt nicht spezifiziert. Ähnliches gilt für die Zahl der Waschmaschinen. In den Kriterien steht, man orientiere sich an den Bedürfnissen, es werde mit dem LAGeSo abgestimmt. Was heißt das? Wie läuft das Verfahren? Was sind ungefähr die Zahlen? Ist das im Regelfall eine Waschmaschine für 50 oder 100 Personen? Das ist innerhalb dieser Kriterien überhaupt nicht klar. Wenn Sie sagen, die Kriterien werden eingehalten, muss ich nachfragen, was das konkret bedeutet. Relativ simple Bedürfnisse sind innerhalb dieser Kriterien überhaupt nicht abgeklärt. Es steht kein Recht auf Kommunikationsmittel wie das Telefon drin. Von einem Recht auf Internet mit einer Mindestgeschwindigkeit will ich jetzt gar nicht sprechen, weil wir dann wahrscheinlich in andere Gefilde kommen würden. Herr Büge, die konkrete Frage an Sie: Ist geplant, die derzeitigen Mindeststandards für die vertragsfreien, aber auch für die vertragsgebundenen Einrichtungen noch in dieser Legislaturperiode zu bearbeiten, und wenn ja, wann und in welche Richtung soll das gehen?

Zum Kooperationsvertrag WfF ist schon einiges gesagt worden. Wenn diese Zahlen mit dem einen Prozent Leerstand stimmen, ist es in mehrerer Hinsicht bedrückend, aber auch eine starke Veränderung zu den Zahlen vom letzten Jahr.

Zur Sozialbetreuung habe ich noch eine Frage. Es war in den letzten Wochen unklar, wie das konkret aussieht. Deswegen die Frage: Welche Maßnahmen hat das LAGeSo getroffen, um für die beschleunigte Erteilung der Mietübernahmebescheinigung zu sorgen? Haben Sie zusätzliche Mitarbeiter eingestellt? Haben Sie den Bedarf geklärt oder zumindest eine Anfrage gestellt, ob Sie zusätzliche Mitarbeiter bekommen? Es wäre interessant, ob eine Veränderung zu der – Fehlentwicklung will ich nicht sagen – doch sehr unbefriedigenden Situation der letzten Wochen und Monate zu sehen wäre. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Ich habe ein paar konkrete Fragen. Herr Allert! Sie können sich auch noch an eine Besprechung hier erinnern, bei der Georg Classen vom Flüchtlingsrat als Anzuhörender hier war und darauf hingewiesen hat, dass das Schreiben des Landesamtes für Gesundheit und Soziales wenig geeignet sei, bei den Vermieterinnen und Vermietern Vertrauen in Bezug auf die Kautionsnachweisbeschreibung zu wecken. Er hat uns darauf hingewiesen, dass die Vorlage des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg wesentlich besser formuliert sei und eher zum Erfolg führen würde. Mich interessiert, ob sich das mittlerweile verändert hat oder ob Sie den alten Vordruck bei der Kautionsnachweisbeschreibung verwenden.

Ich habe in den unterschiedlichen Anlagen, die Sie mir auf die Anfragen hin zugesandt haben, gesehen, dass der Soll-Bestand in der Motardstraße von 550 auf 400 gesenkt wurde. Das ist für mich interessant, weil der Ist-Bestand eher angestiegen ist. Jetzt könnte ich natürlich vermuten, dass der Soll-Bestand zurückgefahren werden musste, weil es nicht mehr den Mindeststandards entsprach. So oft, wie ich in der Motardstraße war und wie dort alles aussieht, kann ich mir vorstellen, dass Teile der Containerbauten gar nicht mehr, wie Sie es hier vorge tragen haben, reguläre, sondern vielleicht nur noch Notunterkünfte sind. Wenn dem so wäre, würde ich darum bitte, das nachzuweisen oder für uns transparent zu machen.

Ich muss Ihnen auch widersprechen – aber dazu können wir uns, glaube ich, noch vertiefend äußern –, dass es keine gesetzlichen Regelungen gäbe, womöglich sogar im Grundgesetz, die den Flüchtlingen Mindeststandards garantieren würden, deren Einhaltung ich verletzt sehe. Herr Allert! Sie werden vielleicht auch interessiert die Entscheidung zum Asylbewerberleistungsgesetz zur Kenntnis genommen haben. Man kann sie so eng lesen, sie nur auf den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes anzuwenden, aber deutlicher Tenor ist, dass Artikel 1 in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip gewährleistet, dass Menschen, egal woher sie kommen und egal, wohin sie weiterziehen, in unserem Land bestimmte Rechte haben. Mich würde interessieren, ob Sie tatsächlich der Ansicht sind, dass es keine Standards für Notunterkünfte gebe und dass insbesondere der Staat hier auch keine Verpflichtung habe.

In eine ähnliche Richtung geht eine weitere Frage, und zwar haben Sie mir – es steht „Landesamt für Gesundheit und Soziales“ drüber, also ist es aus Ihrem Haus – im Februar dieses Jahres die Mängelliste der jeweiligen Einrichtungen übersandt. Ich will exemplarisch für die Kollegen, die das vielleicht nicht gesehen haben, daraus vorlesen. Motardstraße: stark renovierungsbedürftig, Kindersicherung fehlt, Spielplatz ungepflegt. Lichtenberg, Degnerstraße:

einige Mängel, insbesondere wieder keine Kindersicherungen. In anderen Einrichtungen, zum Beispiel in Marzahn-Hellersdorf: keine Reinigung der Küche. In Mitte, Lehrter Straße: Mängel, insbesondere mit Blick auf Kindersicherungen. – Sind diese Mängel mittlerweile behoben, oder gibt es neue Mängel, die Sie uns heute vortragen könnten? Das wären zunächst meine Frage.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Eine Frage, die ich vorhin gestellt habe, wurde nicht beantwortet, und zwar die nach der Zukunft der Motardstraße.

Herr Büge! Sie haben gesagt, die Vereinbarung mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften hätte unter anderem nicht ungesetzt werden können, so sei es Ihnen auf Ihr Schreiben gesagt worden, weil es eine Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage gebe. Würden Sie daraus schließen, dass wir in Berlin so etwas wie eine Wohnungsnot haben? Bisher hat das der Senat immer abgestritten, aber wenn zunehmend die Aussagen kommen, dass es keine Wohnungen mehr gebe, haben wir vielleicht doch eine Wohnungsnot. Deshalb würde mich Ihre Position dazu interessieren.

BIH, berlinovo: Es ging nicht nur darum, diese leer stehenden möblierten Appartements für Flüchtlinge nutzen zu können, sondern insgesamt um das geschützte Marktsegment, denn die Wohnungen reichen insgesamt für die unterschiedlichen Gruppen nicht aus. Ich nenne noch mal die Zahl: 1 179 Wohnungen wurden angeboten. Habe ich Sie richtig verstanden, dass die alle genutzt wurden, um ehemals wohnungslosen Menschen eine Wohnung anzubieten, oder gibt es davon Wohnungen, die jetzt immer noch leer stehen? Sie werden sich sicherlich darum gekümmert haben. Es zwar zumindest immer Ihre Aussage, dass Sie da ganz viel machen.

Jetzt komme ich zu den Qualitätsstandards. Nein, ich bin nicht davon ausgegangen, dass es gesonderte Qualitätsstandards für Notunterkünfte gibt, sondern die Frage ist: Werden Qualitätsstandards, falls es sie gibt, auch für Notunterkünfte angewendet?

Jetzt werde ich mal konkret: Wir haben in Grünau die Situation, dass es dort weder Betten noch ausreichend Bettdecken gibt. Von Kopfkissen reden wir gar nicht. Und es gibt keine Winterkleidung, was zunehmend zum Problem wird, wenn die Menschen mit Sandalen und ohne Strümpfe herumlaufen. Auch das Problem der Waschmaschinen, das schon genannt wurde, gibt es da. Die dortigen Beschäftigten versuchen händierend, aus der Nachbarschaft Spenden für Winterkleidung, aber auch für Spielsachen für die Kinder zu bekommen.

Wir haben in Reinickendorf die Situation, dass es dort keine Duschen gibt. Es können die Duschen einer Turnhalle gegenüber, in der Nähe, wie auch immer, genutzt werden, und zwar von abends 22 Uhr bis morgens 8 Uhr.

In Pankow gibt es offensichtlich auch keine Winterkleidung. Zumindest sah ich einen Aufruf vom Bezirksamt, dass Winterkleider gespendet werden sollen. Da stellt sich die Frage, warum diese Senatsverwaltung nicht in der Lage ist, Winterkleidung für die Menschen, die hierher kommen, zu stellen. Ich würde behaupten, dass das Ihre Aufgabe ist.

Dann komme ich zur Turmstraße 22. Wie sich viele noch erinnern können, musste dort vor einigen Jahren die Staatsanwaltschaft ausziehen, weil es in diesen Räumen angeblich eine Gesundheitsgefährdung durch künstliche Mikrofasern gab. Jetzt sind dort Flüchtlinge untergebracht. Ich möchte von Ihnen wissen, ob Sie eine Gesundheitsgefährdung für die übrigens sehr vielen hochschwangeren Frauen und ihre kleinen Kinder ausschließen können. Ich weiß, dass Sie ein Gutachten haben erstellen lassen. Mich würde interessieren, was dieses Gutachten gesagt hat.

An den Beispielen können Sie mir mal sagen, wo das den Qualitätsstandards entspricht, und ob Sie – das frage ich nicht Herrn Allert, sondern die politische Spitze, denn die ist dafür verantwortlich – finden, dass das menschenwürdigem Wohnen entspricht. – Das war es erst mal von meiner Seite.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Krüger, bitte!

Joachim Krüger (CDU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir einen Hinweis zu der gesamten Diskussion. Wir tun hier alle so, als ob wir ein Problem vor uns haben, das uns seit Jahren bekannt ist, auf das wir uns vorbereiten konnten, wo wir genau wussten, was auf uns zukommt, und wir hätten versäumt, das zu tun. Das ist es doch nicht. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ist ja auch so!] – Ja, es gibt immer die Schlaunen unter uns, die genau wissen, wie sich etwas entwickelt. – [Zurufe] – Lassen Sie mich doch mal ausreden. Ich brauche Ihre Kommentare am Rande nicht. – [Canan Bayram (GRÜNE): Doch!] – Wir haben sehr genau gesehen, dass sich da langsam etwas entwickelt. Es hat Mitte des Jahres noch mal einen Schub gegeben, aber es ist doch nicht so, dass sich der Senat darauf vorbereiten konnte, sonst hätte Ihr Senat im letzten Jahr schon hervorragende Voraussetzungen schaffen können, dass all diese Unterkünfte da sind.

Wenn wir von Notunterkünften sprechen, ist doch klar, dass Räumlichkeiten genutzt werden müssen, die nicht von vornherein mit diesem Standard geschaffen worden sind, wie sie jetzt gebraucht werden. Da muss man auch ein Stückchen differenzieren. Es ist doch nicht die Frage, ob der Spielplatz äußerst gepflegt ist – das haben wir sonst in der Stadt auch kaum –, ob die Geschwindigkeit des Internets besonders toll ist oder ob die Kapazität der Fernsehräume

ausreicht. Es geht doch erst mal darum, die Notsituation der Menschen, die hierherkommen, in den Griff zu bekommen und ihnen hier in ein vernünftiges Überleben, ein vernünftiges Leben zu sichern. Ich bin dem Landesamt für Gesundheit und Soziales und auch der Senatsverwaltung dankbar, da sie das augenscheinlich mit großer Hartnäckigkeit angehen und Stück für Stück versuchen voranzukommen. Ich glaube, alle die sich hinstellen und sagen, dass alles 1A und in erster Linie sofort sein muss, verkennen die Schwierigkeit, dass das wachsende Zahlen sind. Wir werden diese Situation in der nächsten Zeit weiterhin haben.

Ich begrüße es, dass die Finanzverwaltung, wie Sie es ausgeführt haben, Herr Allert, in vernünftiger Weise reagiert, dass wir durchaus auch im Personalbereich ein Stück vorankommen, auch wenn es nur zeitweise Überbrückungen sind. Wir begrüßen vonseiten der CDU-Fraktion auch und unterstützen ausdrücklich den Staatssekretär und den Senator in ihrem Bemühen, mit den Bezirken zu einem ausgeglichenen Konzept, was die Angebote zwischen den einzelnen Bezirken angeht, für entsprechende Plätze zu kommen. Vielleicht können wir da, das werden die Diskussionen ergeben, in Fragen der Beschulung auch das eine oder andere über die Bezirksgrenzen hinweg erreichen.

Wir hoffen, dass es hier eine gute Informationspolitik gegenüber den Bürgern geben wird, denn wir sind darauf angewiesen, dass die Menschen, die im Umkreis wohnen, mitziehen, dass sie Verständnis dafür entwickeln, wer jetzt konkret neben ihnen wohnt, und dass sie helfen. Von daher finde ich es gar nicht so schlecht, wenn die Menschen mit eingebunden werden, indem man sie auffordert, das eine oder andere spendenmäßig dazu einzubringen. Natürlich kann der Staat viel tun, aber es ist im Grunde auch eine gute Sache, wenn sich die Bürger solidarisch erklären und dafür sorgen, dass es den Menschen, um die es hier geht, ein bisschen besser geht. – Danke!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Danke, Herr Krüger! – Frau Radziwill!

Ülker Radziwill (SPD): Ich freue mich, dass die Oppositionsfractionen unserem Vorschlag gefolgt sind und wir heute Herrn Allert anhören, um das als eine Art Zwischenbericht zur aktuellen Situation zu sehen.

Viele Fragen sind gestellt worden, und ich will auch noch ein paar kurze Fragen beisteuern. Für uns ist es wichtig, dass die Flüchtlinge, ihre Familien, Frauen, die schwanger sind, Familien mit Kindern, aber auch Flüchtlinge, die traumatisiert sind, die bisher komplexe Schwierigkeiten in ihrem Leben hatten, ordentlich, in Menschenwürde, humanitär und sinnvoll untergebracht werden. Von daher freue ich mich, dass das LAGeSo und Herr Allert mit seinem Team hier wunderbare Arbeit machen. Das ist nicht einfach. Ich will Ihnen und Ihrem Team an dieser Stelle danken!

Die Frage von Frau Breitenbach aufgreifend, möchte ich gern in Bezug auf berlinovo nachfragen. Mich hat es etwas überrascht, dass Frau Breitenbach heute diese Zahlen vorgetragen hat. Ich kann mich noch an eine andere Darstellung des Senators in einer Plenarsitzung erinnern. Mich würde sehr interessieren, was es damit auf sich hat.

Zweitens möchte ich gern die Senatsverwaltung bitten, das Konzept, das Sie dem Rat der Bürgermeister vorgeschlagen haben, das dort jetzt debattiert wird, auch uns zur Verfügung zu stellen. Am liebsten wäre es mir, wenn es diesem Ausschussprotokoll angehängt werden

könnte, damit wir die Beratung in den nächsten Schritten nachvollziehen bzw. nachlesen können.

Ich möchte gern wissen, ob ein Abbau von Kapazitäten in den Bezirken, deren Anteil bisher recht hoch war, zu befürchten ist, oder ob der Durchschnitt so gedacht ist, dass die Bezirke, die bisher eher wenig Unterkünfte angeboten haben, nachsteuern müssen. Davon gehe ich eigentlich aus, aber ich will diese Frage etwas provokant stellen. Sie haben ja dann Gelegenheit, das geradezurücken.

Herr Allert! Mich würde interessieren, ob Sie speziell nach größeren Objekten suchen. Ich kann nachvollziehen, dass ein größeres Objekt leichter zu handhaben ist, aber sicherlich gibt es viele kleinere Objekte, die vielleicht für zwei Familien oder für sieben bis zehn Personen geeignet sind. Suchen Sie auch nach kleineren Objekten?

Meine vorletzte Frage: Im Haushalt haben wir schon eine Erhöhung des Budgets vorgesehen, ich glaube, im Verhältnis zu 2011 um etwa 2,5 Millionen Euro. Mich würde interessieren, wo wir da jetzt sind. Brauchen wir schon in nächster Zukunft zusätzliche Mittel, oder sind wir eventuell noch in dem Rahmen, was wir bisher prognostiziert haben?

Letzte Frage: Sie haben dargestellt, dass etwa 1 000 Wohnungen für Flüchtlinge vorhanden sind, in denen jetzt schon Personen leben. Können Sie uns darstellen, wie lange so eine Wohnung im Durchschnitt genutzt wird? Sind die für längere Verfahren gedacht, oder gibt es dort eine höhere Fluktuation? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Danke, Frau Radziwill! – Wir nähern uns wieder unserem üblichen Zeitproblem. Ich würde jetzt gern die Redeliste schließen, da aber möglicherweise aus den Antworten Redebedarf entsteht, bitte ich jeden, darüber nachzudenken, ob es sein muss. – Herr Allert, bitte!

Franz Allert (Präsident LAGeSo): Das waren sehr viele Fragen, und ich werde versuchen, alle schnell abzuarbeiten.

Die Frage, ob man Ihnen die RdB-Vorlage zur Verfügung stellen kann, wird sicherlich Herr Staatssekretär Büge beantworten. Ich weiß nicht, ob es formale Gründe dagegen gibt. Wir wollen den Donnerstag noch abwarten, aber ansonsten würden wir sie Ihnen zur Verfügung stellen und dem Protokoll anhängen. Es sah eben wie ein heftiges Nicken aus.

Herr Abgeordneter Reinhardt! Deshalb will ich nur kurz zu den Inhalten darstellen: Es ist eine Verteilung, die sich grundsätzlich am Verhältnis der Einwohnerzahl der Bezirke zueinander orientiert. Es gibt eine Reihe von Sozialindikatoren, die einzelne Bezirksbürgermeister gern eingebracht haben wollen. Wir haben auch verschiedene Beispiele durchgerechnet. Im Ergebnis ändert sich aber zwischen den Bezirken nicht sehr viel. Wir brauchen eine Summe x an Unterbringungsplätzen. Das würde ich jetzt erst mal dabei belassen, weil Sie die Unterlage zur Verfügung gestellt bekommen und alles Weitere nachlesen können, was darin enthalten ist. – [Zuruf] – Nein, es wird niemand abbauen können, das muss ich deutlich sagen. Das ist eine Grundlage zur Schaffung neuer Plätze, an der man sich orientiert. Leider ist es nicht so, dass in dem Umfang Plätze zur Verfügung stehen und wir nur überall auswählen müssen,

sondern das ist das Ziel, damit wir zu einer ausgeglicheneren Platzverteilung kommen. Mehr ist damit im Moment gar nicht zu machen.

Zur Markterkundung: Wie war die Zahl der Angebote? – Sehr überschaubar, um nicht zu sagen, dass gar nichts gekommen ist. Wir haben daraufhin ein richtiges Ausschreibungsverfahren gemacht, in der Hoffnung, dass jetzt mehr kommt, wobei sich die Markterkundung in erster Linie auf die Objekte bezogen hat. Jetzt geht es dabei auch um den Betrieb und um das Objekt. Es ist übrigens keine europaweite Ausschreibung, die war nicht erforderlich, das haben wir geprüft. Das ist eine deutschlandweite Ausschreibung.

Sie hatten nach der Vergütung bei den Notunterkünften gefragt. Das Deutsche Rote Kreuz, im Übrigen auch der Arbeiter-Samariter-Bund – das ist die andere Wohlfahrtseinrichtung, die uns tatkräftig bei der Einrichtung und dem Betrieb der Notunterkünfte unterstützt – bekommen Tagessätze, die im Einzelnen errechnet werden. Das hängt von der Unterkunft ab. Es ist sozusagen die Vergütung dessen, was dort an Sach- und Mietkosten entsteht. Diese Unterkünfte beim DRK und beim ASB werden weitgehend durch ehrenamtliche Mitarbeiter betrieben. Deswegen können diese Institutionen das auch nicht auf längere Zeit selbst betreiben, denn die ehrenamtliche Kapazität steht nur begrenzt zur Verfügung. Deswegen wird nach anderen Betreibern gesucht, und deswegen ist das von anderen Betreibern übernommen worden.

Im Übrigen ist es nicht nur, wie Sie vielleicht vermuten, die PRISOD oder die GIERSO, sondern wir haben auch die AWO bei den Notunterkünften. Wie gesagt DRK, ASB und den Internationalen Bund. Das ist schon ziemlich ausgeglichen. Aber wir suchen auch immer nach Betreibern. Das ist auch nicht so einfach. In den Achtziger- und Neunzigerjahren gab es viele Betreiber, die vielleicht auch schön Geld verdienen wollten. Mittlerweile ist das gar nicht mehr so. Die Betreiber rennen uns nicht die Tür ein, leider, denn sonst hätten wir mehr Auswahlmöglichkeiten.

Sie haben nach der längerfristigen Nutzung der Notunterkünfte gefragt. Keine dieser Notunterkünfte soll längerfristig genutzt werden. Das ist nämlich der Charakter dieser Unterkünfte. Ich habe es schon in verschiedenen Gesprächen deutlich gemacht. Sie sind aus unserer Sicht für einen dauerhaften Betrieb gar nicht geeignet, sondern es ist eine Notunterkunft, mehr nicht. Leider auch nicht weniger. Wir brauchen diese Einrichtungen, die über den Winter zur Verfügung stehen. Ende Januar, Ende März müssen wir spätestens wieder aus den einzelnen Unterkünften raus.

Qualitätsstandards, Aufenthaltsmöglichkeiten oder Ähnliches – das war aus Ihrer Sicht zum Teil zu unkonkret. Das würde ich immer unterschreiben. Das hängt aber damit zusammen, dass das allgemeine Beschreibungen sind, die in den einzelnen Verträgen konkretisiert werden und in sehr vielen Fällen von dem jeweiligen Objekt abhängig sind, von der Größe, manchmal auch von der Lage des Objektes. Wie sieht es örtlich aus? Ist das ein oder sind das zwei Gebäude usw.? Auch bei den Waschmaschinen, weil Sie sagen, das könnte man doch aber festlegen, ist das ist nicht immer klar. Manchmal können Waschmaschinen in Räumen, auf Etagen aufgestellt werden. Manchmal sind es sogenannte Industriewaschmaschinen, die im Keller sind, die andere Kapazitäten haben. Waschmaschine ist nicht gleich Waschmaschine. Es ist nicht das, was wir zu Hause haben, sondern da gibt es auch andere Kapazitäten, und

das ist jeweils von den Möglichkeiten vor Ort abhängig. Das wird mit den einzelnen Betreibern vereinbart.

Wichtig sind diese Qualitätsstandards für die Inbetriebnahme neuer Einrichtungen und bei den Markterkundungs- und Ausschreibungsverfahren, damit sich Interessenten überhaupt orientieren können: Was muss ich alles machen? Was ist mindestens notwendig dabei? – Das wird dann, wie gesagt, im Einzelnen nachverhandelt. Dazu gehören auch die jeweils anderen von Ihnen genannten Bereiche wie Aufenthaltsräume usw. Manchmal ist ein Fernsehraum gar nicht notwendig, weil es Einrichtungen gibt, in denen alle einen Fernseher im Zimmer haben. Auch das gibt es. Das ist völlig unterschiedlich und wird mit der konkreten Einrichtung vereinbart.

Zur Sozialbetreuung: Sie haben gefragt, was wir organisatorisch bei uns gemacht haben, nachdem es zunehmend mehr wurde, auch bei der Frage der Mietübernahmen. Das ist auch eine inhaltliche Frage. Die Sachbearbeiter müssen etwas vom Mietrecht verstehen. Es ist nicht so, dass man nur einen Stempel irgendwo darunter setzt, sondern das ist erheblich mehr. Deswegen haben wir seit einiger Zeit ein eigenes Sachgebiet, eine Mitarbeiterin, die nur dafür zuständig ist und das bearbeitet, damit es auch schneller geht.

Damit möchte ich gleich zu den Fragen von Frau Bayram nach den Schreiben für die Mietübernahme überleiten. Herr Classen war auch bei mir. Dieses Schreiben haben wir verändert, mit ihm ab- und besprochen. Es ist nicht ganz so wie in Friedrichshain-Kreuzberg, aber es ist für die Vermieter deutlicher geworden. Es werden die Kautionen und auch die kautionsähnlichen Genossenschaftsanteile übernommen.

Zur Frage, warum wir die Kapazität in der Motardstraße reduziert haben: Weil wir mindestens ein Haus für nicht mehr regelmäßig bewohnbar halten. – [Canan Bayram (GRÜNE): Da sind trotzdem Leute drin!] – Im Moment nicht, im Moment nur in den anderen. Aber zwischenzeitlich waren ab und zu Leute da drin. Das war mit das auslösende Problem, dass wir gesagt haben: In der Motardstraße sind zu viele Menschen, zum Teil schon in den Gängen. Das geht nicht mehr. Wir brauchen andere Notunterkünfte, die nach Möglichkeit die entsprechenden Qualitätsstandards erfüllen, natürlich nicht immer. Ich komme gleich zu Ihren Beispielen, Frau Breitenbach. Wir haben deswegen die Regelkapazität reduziert. Das ist notwendig und aus meiner Sicht auch richtig. Allerdings ist es nicht immer möglich, das durchzuhalten, denn wenn die Menschen kommen, ist das immer noch besser, als auf der Straße zu sein.

Die Mängelliste ist abgearbeitet worden. Ob es schon wieder neue Mängel gibt, kann ich Ihnen nicht sagen, aber diese Mängelliste ist abgearbeitet worden. Aber Sie haben anhand Ihrer Beispiele gesehen, dass es keine solchen Mängel sind, die das Schließen einer Einrichtung hervorrufen, sondern sehr häufig waren es in der Tat die fehlenden Kindersicherungen. Aber da kann ich durch alle Berliner Wohnungen mit Kleinkindern gehen und habe die gleiche Problematik.

Dort, wo es renovierungsbedürftig war, musste schneller gehandelt werden, auch in der Motardstraße. Die Möglichkeiten für Kinder sind ein Stück weit verbessert worden. Ich denke, das wissen Sie. Sie wissen auch von dem Projekt, das dort mit den Flüchtlingen zusammen die Wände der Häuser bemalt worden sind, um das Ganze beschäftigungsmäßig und auch

optisch zu verbessern. Das alles ist nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein, aber auch den braucht es. Den finde ich genauso wichtig dabei, wie die Verfolgung aller weiteren Ziele.

Zur Frage der staatlichen Verpflichtung: Das wäre jetzt sicherlich eine längere Diskussion. Ich stimme mit Ihnen völlig überein, dass Artikel 1 und Artikel 20 GG selbstverständlich gelten. Ich sage Ihnen aber auch, dass beide hier erfüllt sind. – [Canan Bayram (GRÜNE): In den Notunterkünften?] – Auch in den Notunterkünften! Diese Diskussion ist sicherlich sehr breit gefächert, aber es geht immer darum: Was kann man in einer bestimmten Situation angemessen machen, um eine noch schwierigere Situation für die Menschen zu verhindern? Dass das nicht schön und nicht ausreichend ist, stellt gar keiner in Abrede. Wenn wir genügend andere Einrichtungen hätten, genügend Möglichkeiten auch von den Wohlfahrtsverbänden, von den Kirchen und allen Beteiligten: Ich würde mich als Erster freuen. – Niemand solle bitte glauben, und Sie mögen mir das bitte auch abnehmen, dass es uns Spaß macht, Menschen in Notunterkünften unterzubringen, sondern es gibt einfach im Moment keine Alternative.

Wenn den Flüchtlingen mehr Wohnungen angeboten werden, lehnen wir es gar nicht ab, natürlich immer im Rahmen der Vorschriften. Das ist klar. Da haben wir natürlich auch unsere Grenze. Aber ansonsten lehnen wir es nicht ab, sondern wollen es befördern. Das ist seit Längerem Politik des Senats und wird nachlos fortgesetzt. Dazu hat sich Herr Czaja bereits während der Haushaltsberatungen geäußert. Diejenigen von Ihnen, die im Hauptausschuss sind, werden sich möglicherweise daran erinnern, dass er das Mitte des Jahres deutlich gemacht hat, dass die mehrgleisige Situation weiterverfolgt wird: Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Schaffung von Plätzen genauso wie in Wohnungen.

Zur Zukunft der Motardstraße, um bei der Motardstraße zu bleiben: In der Tat war es, Sie wissen das, Frau Breitenbach, mal so überlegt: Die Motardstraße könnte geschlossen werden, wenn die Rhinstraße aufgemacht wird und wir – wenn sie nicht ausreichen sollte – als weitere Unterbringung die Rognitzstraße, die wir damals eröffnet haben, noch dazu nehmen. – Mittlerweile – das war weder damals noch Anfang des Jahres bekannt – wissen wir, dass für die Erstaufnahme, obwohl die Rhinstraße planmäßig ans Netz gegangen ist, sie sogar allseits gelobt wird, diese Kapazitäten, die geschaffen worden sind, nicht ausreichen, sodass die Realisierung dieses Vorhabens leider schlicht und ergreifend an der Zahl der Flüchtlinge, die wir mittlerweile zu versorgen haben, gescheitert ist. Wir müssen uns also andere Strategien, andere Lösungen überlegen. Wir sind dabei, auch mit der Motardstraße, auch mit dem Bezirk Spandau zusammen, aber es ist eben nicht so einfach, wie sich das alles anhört. Sie haben darauf hingewiesen: Wir müssen wohl Ende nächsten Jahres dort raus, wenn der Mietvertrag endet. Das Land Berlin ist ja nicht Eigentümer dieses Grundstücks, sondern das ist Osram, also der Siemens Konzern. Aber auch da sind wir weiter im Gespräch und hoffen, Möglichkeiten zu finden, wie wir die Menschen in der Motardstraße besser versorgen können.

Zum geschützten Marktsegment, wenn ich das gleich mit einflechten darf: Es gibt insofern eine Verbindung zwischen beidem: Wenn eine Wohnung bei dem einen nicht gebraucht wird, wird sie auch mal dem anderen angeboten. Das wird nicht in allen Punkten zu 100 Prozent klappen, aber grundsätzlich ist das gegenseitig geöffnet. Ich muss allerdings auch mal allen mitteilen, dass es auch viele Flüchtlinge gibt, die Wohnungen ablehnen, weil das Parkett nicht stimmt, weil die Wohnung in der vierten Etage liegt und kein Aufzug da ist oder weil sie eine Ofenheizung hat. Diese Situation haben wir auch. Es ist nicht so, dass jede Wohnung, die grundsätzlich geeignet ist, die wenig kostet, auch genommen wird, sondern da spielen viele

Gründe eine Rolle, seien sie nachvollziehbar oder nicht. Es gehört nur auch zur kompletten Information, dass wir auch mit solchen Problemen konfrontiert sind.

Zu den Qualitätsstandards in den Notaufnahmeeinrichtungen: Sie haben Grünau und die Turmstraße genannt. Sie werden im Prinzip überall das Gleiche finden und sagen: Notunterkunft bedeutet: Wir müssen jetzt schnell was aufmachen. Deutsches Rotes Kreuz oder Arbeiter-Samariter-Bund! Könnt ihr uns helfen? Könnt ihr eure Feldbetten da reinstellen? – Das ist das Erste, was da reinkommt. Wenn nicht genügend Decken da sind, ist das im Einzelfall ein Problem, aber das ist keinesfalls grundsätzlich so. Dann müssen wir sehen, dass wir diese Notunterkünfte Stück für Stück verbessern. Das gilt zum Beispiel auch für die von Ihnen angesprochene Möglichkeit der Sanitärnutzung, also der Duschen. Wir haben uns das in Reinickendorf auch nicht ausgesucht. Sie kennen die Schule vielleicht. Das ist ein ausgesprochen gut instand gehaltenes Objekt. Das ist keinesfalls irgendetwas Abgeranztes. Diese Schule ist sehr gut, hat aber keine eigenen Duschen. Die haben die Schulen ja nicht. Da muss man mit dem Sportbetrieb in der Sporthalle, die nebenan ist, und als Sporthalle voll bespielt wird, eine Lösung finden. Das ist das Problem. Da, denke ich, haben wir eine Lösung gefunden.

Bei der Turmstraße 22, also bei uns selbst auf dem Gelände, sind mobile Duschen eingebaut worden, die Sie sicherlich auch gesehen haben. Diese Duschen sind von ausgezeichneter Qualität. Wir achten natürlich darauf, dass keine Legionellenproblematik auftritt usw. Es ist vielleicht überall eine im Ergebnis nicht befriedigende Situation, das behauptet aber auch niemand, sondern es ist die Situation, Menschen zu helfen. Ich denke, dass uns das gut gelingt.

Sie haben die künstlichen Mineralfasern in der Turmstraße angesprochen. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, nachdem wir das erfahren haben, was wir vorher nicht wussten. So ist das, wenn man etwas angeboten bekommt. Aber wir haben sofort Messungen durchführen lassen. Es gibt keinerlei Gefährdung. Wir lassen regelmäßig Messungen durchführen, um irgendwelche Gesundheitsschädigungen auszuschließen, die im Übrigen laut Gutachter nur in einer bestimmten Situation, die ich hier gar nicht nennen möchte – das sage ich gern mal so, aber nicht für das vielleicht veröffentlichte Wortprotokoll –, eintreten kann. Ich möchte nicht, dass dort entsprechend manipuliert wird, wenn das jemand liest. Unter normalen Umständen ist das ausgeschlossen, aber was sind schon normale Umstände. Wir lassen das sicherheits halber prüfen, um auszuschließen, dass dort eine Gefährdung entsteht.

Zur Winterbekleidung: Natürlich bekommen alle Winterbekleidung. Möglicherweise haben die in den Notunterkünften keine bekommen, die weitergeleitet werden. Dafür ist nämlich dann die Stelle zuständig, die für die Erstaufnahme in einem anderen Bundesland zuständig ist. In den Notunterkünften sind ja nicht nur Menschen, die Berlin zugewiesen werden. Das ist der geringere Teil. Da haben wir eine hohe Fluktuation. Es werden dort zum Teil Menschen für einige Tage untergebracht, die dann in das Bundesland kommen, dem sie zugewiesen werden. In der Übergangszeit bekommen sie in der Tat keine zusätzliche Kleidung. Die bekommen sie, wenn sie zwei oder drei Tage später an ihrem zugewiesenen Ort sind. Die in Berlin bekommen selbstverständlich Winterbekleidung. Wenn Sie konkrete Fälle kennen, lassen Sie mir die bitte zukommen, und wir werden uns umgehend darum kümmern, wenn das tatsächlich der Fall sein sollte.

Spendenaufrufe sind aus meiner Sicht sogar sehr wichtig, Frau Breitenbach. Es geht nämlich darum, auch die Bevölkerung drumherum für die Unterbringung zu sensibilisieren. Wir haben

leider schon die Problematik, dass sehr häufig das Umfeld gar nicht so sehr aufgeschlossen ist. An Hilfsbereitschaft zu appellieren, ist in dem Zusammenhang häufig sehr wichtig und gut, sei es Spielzeug für Kinder, Bekleidung oder Ähnliches. Das können Sie anders sehen. Ich halte das aber auch für eine gute Möglichkeit – nicht nur die einzige –, mehr Verständnis für Flüchtlinge hier in Berlin zu wecken.

Frau Radziwill, zu berlinovo: Das sind die Leerstandszahlen, die uns jetzt genannt worden sind. Wir verfügen selbst nicht über Listen, auch damals nicht. Die haben wir so bekommen und dann abgearbeitet. Uns ist gesagt worden, das würde unter einem Prozent sein. Ich muss das einfach glauben. Ich habe keine Detektive, die ich in der Stadt rumschicken kann. Ich glaube da auch der Finanzverwaltung.

Die Frage nach der RdB-Vorlage hatte ich schon beantwortet. Zur Größe der Objekte, Frau Radziwill: Die Idealgröße gibt es sicherlich nicht. Wirtschaftlich zu betreiben – wir müssen ja immer auch ein bisschen auf die Kosten achten – sind Objekte ab 100, 150 Unterbringungsplätzen. Wir nehmen auch mal kleinere. Es kommt immer darauf an, wie das Ganze strukturiert ist, was an Betreuungsbedarf da ist. Auf der einen Seite wird immer gefordert, dass es nicht viel kosten darf, auf der anderen Seite brauchen wir auch Betreuungspersonal. Also, erst mal anbieten, und dann sehen wir, ob wir es realisieren können.

Zum Haushalt: 2011 haben wir rund 22 Millionen Euro ausgegeben. 2012 sind dafür etwa 25 Millionen Euro im Haushalt. Wir werden in diesem Jahr etwa 35 Millionen Euro brauchen. Also, die Zahl 25 Millionen Euro ist bereits überschritten. Und insgesamt werden wir etwa 35 Millionen Euro brauchen. Die Senatsverwaltung für Finanzen hatte seinerzeit zugesagt, das Geld auch immer zur Verfügung zu stellen. Daran hält sich Finanzen auch. Das ist für uns kein großes Problem, also keines, das wir nicht untereinander regeln könnten.

Ich glaube, ich habe so ziemlich alles abgearbeitet. Tut mir leid, wenn ich ein bisschen schneller gesprochen habe, aber der Herr Vorsitzende hat mich an die Uhr und an die Zeit, die zur Verfügung steht, gemahnt. – [Beifall]

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Gemahnen müssen, Herr Allert! –Vielen Dank! – Damit schließen wir den Besprechungspunkt für heute ab. – Sie wollen noch, Herr Staatssekretär? Bitte!

Staatssekretär Michael Büge (SenGesSoz): Ich denke schon, dass das notwendig ist, wenn auch viele Detailpunkte schon beantwortet wurden und vieles auch schon in den zahlreichen Kleinen Anfragen enthalten war und jetzt wiederholt wurde. Ein, zwei kleine Punkte: Frau Radziwill hat die Frage nach dem Anhängen der Vorlage an den RdB gestellt. Das ist völlig unproblematisch – allerdings nicht vor Donnerstag. Ich denke, dass der RdB darüber erst noch mal in seinem Ausschuss verhandelt haben sollte und wir das dann weiterreichen können. Das werden wir dann natürlich auch tun. Die Punkte, die jetzt berücksichtigt wurden, hat Herr Allert ausgeführt. Er hat wiederholt, was ich eingangs schon gesagt hatte, dass insbesondere weitere soziale Indikatoren nicht zu einer veränderten Reihenfolge führen. Das will ich an der Stelle unterstreichen.

Dann ist die grundsätzliche Frage nach der Art der Unterkünfte gestellt worden. Ich will schon noch mal sagen – weil hier so ein bisschen diskutiert wird, als ob wir das einzige Bundesland seien, das sich momentan mit der Situation beschäftigen muss –: In Bayern und Nordrhein-Westfalen werden Zelte aufgestellt – so viel zur Frage qualitativ hochwertiger Unterkünfte in anderen Bundesländern –, und zwar Oktoberfestzelte mit entsprechenden sanitären Einrichtungen und natürlich mit Heizung und allem Drum und Dran, um die Menschen zu beherbergen. Ich sage hier mit großem Ausrufezeichen, weil wir von Anfang an für uns und auch auf der Fachebene untereinander gesagt hatten: Mit uns wird es in diesem Land Berlin keine Zelte geben –, obwohl das sicherlich die einfachste und auch eine relativ preiswerte Lösung für die Übergangseinrichtungen wäre. Aber wir halten das in der Tat für eine Grenze, die da überschritten wird, was wir in Berlin so nicht umgesetzt haben wollen. Das heißt, mit uns wird es diese Art von Unterkünften nicht geben.

Dann hat Herr Allert kurz auf den Haushalt Bezug genommen. Ich will schon noch mal deutlich machen, dass wir sehr aktiv waren – schon im Januar beginnend, anschließend auch in den Haushaltsberatungen – und am Ende die Verpflichtungsermächtigungen hinbekommen haben mit dem Ziel, mehr Angebote von Trägern privater und gemeinnütziger Natur zu erhalten, um Flüchtlinge – Asylbegehrende, ganz korrekt gesagt – auch entsprechend in Unterkünften unterbringen zu können. Wir haben aber die groteske Situation, dass wir insbesondere durch das BVG-Urteil – das ist ja auch nicht übersehen, das ein wesentlicher Grund für den Anstieg war und ist – eine erhöhte Nachfrage haben – [Elke Breitenbach (LINKE): Das müssen Sie mal beweisen!] – und diese Nachfrage zurzeit nicht durch ein entsprechendes Angebot befriedigt wird, weil man ja entsprechende Preise erzielen kann. Anders ausgedrückt: Hätten wir ein höheres Angebot, als wir Nachfrage haben, würde das den Preis drücken. Ein wesentlicher Grund dafür scheint also offensichtlich zu sein, dass es wenig Angebote gibt, und diese Angebote für eine entsprechende Bedarfsdeckung führen dann zu hohen Kosten. Das heißt, wir haben relativ hohe Tagessätze. Wir arbeiten deswegen, so wie es Herr Allert ausgeführt hat, intensivst daran, u. a. mit einer deutschlandweiten Suche, genau dieses Problem zu lösen, um ein breiteres Spektrum zu bekommen.

Wir glauben auch – auch das will ich noch mal angemerkt haben –, dass das Sankt-Florians-Prinzip, das ich vorhin auch schon erwähnt hatte, in den Bezirken über die Vorlage gelöst werden kann. Aber es ist ausgesprochen schwer, wenn ich z. B. an Neukölln und an das Grundstück in Rudow denke, das ursprünglich vom Bezirksbürgermeister angeboten wurde, um dann in der Sitzung des RdB kassiert zu werden, weil die Diskussionen dort in der Bezirksverordnetenversammlung offensichtlich schwierig waren – zurückhaltend gesagt –, wenn dann diese Grundstücke, die im Grunde geeignet wären, nachher nicht zur Verfügung stehen. Auch da werden wir weiter dranbleiben. Da habe ich persönlich unwahrscheinlich viel Ärger aushalten dürfen, sowohl politisch in der eigenen Partei – um das mit Ausrufezeichen an der Stelle zu sagen – als auch darüber hinaus. Ich werde weiterhin persönlich, aber auch mit meinem Senator und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Senatsverwaltung und auch im Landesamt für Gesundheit und Soziales darum kämpfen, dass die Grundstücke, die uns angeboten werden, am Ende ggf. auch gegen den Willen von Bezirken genutzt werden können, wenn sie unser Problem gesamtstädtisch lösen, denn genau das ist unsere Aufgabe, genau das ist unser Ziel, und genau das muss am Ende dann auch das Ergebnis sein. Ich denke, wir werden es auch gemeinsam schaffen, genauso wie wir das, was wir jetzt an Herausforderungen hatten, auch insgesamt relativ positiv auf den Weg gebracht haben.

Frau Breitenbach hat noch gefragt: Haben wir Wohnungsnot oder nicht? – Wir haben einen erhöhten Bedarf an Wohnraum. Das ist die Situation. Der Senat wird deshalb auch in den Wohnungsbau einsteigen, um das, was an zusätzlicher Nachfrage entstanden ist, auf der anderen Seite über entsprechende Effekte zu kompensieren, sodass ich davon ausgehe, dass in der Tat eine erhöhte Nachfrage gegeben ist, dass wir aber aufgrund dessen, was der Senat an konstruktiver Politik in den ersten Monaten auf den Weg gebracht hat und weiter versucht, auf den Weg zu bringen, nicht in die Situation der Wohnungsnot kommen werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Danke, Herr Staatssekretär! – Ich denke, daraus ergibt sich mit Sicherheit weiterer Diskussionsbedarf. Das werden wir aber ganz bestimmt heute nicht schaffen und nicht machen. Ich schlage vor, dass wir das Thema ggf. noch mal vertagen, um es erneut aufzugreifen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Eingabe von Herrn Dr. H. S.
Erhalt von für die Bewegungstherapie geeigneten Bädern
Pet-Nr. 1225/17
(Berichterstattung: Bündnis 90/Die Grünen)

[0088](#)
GesSoz

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.